

Danziger Zeitung.

Nr. 16929.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inferate kosten für die sieben-geplattete gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Riel, 18. Februar. (Privateleger.) Die Kreuzer-Corvette „Luise“, von Westafrika kommend, ist soeben hier eingelaufen. Die Kreuzer-Corvette „Olga“ ist von der Südsee nach Singapore beordert.

Petersburg, 18. Februar. (W. T.) Das „Journal de St. Petersbourg“ bemerkt bezüglich des starken Weichens des Rubelcourses, die Politik habe damit absolut nichts zu thun. Der Rückgang sei einschließlich durch Zahlungsbedürfnisse, welche bei dem sehr darniederliegenden Exporthandel nicht ausreichend gedeckt werden könnten.

Vom Kronprinzen.

(Telegramme.)

San Remo, 18. Februar. (W. T.) Die gestern Abend bei dem Kronprinzen vorgenommene Untersuchung des Kehlkopfes ergab eine erhebliche Besserung der Erkrankung des Kehlkopfes seit der Operation. Der Kronprinz hatte gestern einen sehr guten Tag. Der Husten hat abgenommen und ist weniger häufig. Es sind keine Anzeichen von Bronchitis vorhanden.

Berlin, 18. Februar. (W. T.) Das in der „Klinischen Wochenschrift“ mit Genehmigung des Kronprinzen veröffentlichte Gutachten Virchows enthält keinerlei Schlussfolgerung über die Natur der Krankheit. Das untersuchte Stück müsse ein abgestorbener, faulig veränderter Theil des Kehlkopfes sein, der von der Oberfläche bis in die Tiefe von stellenweise vier Millimeter losgelöst ist. Von einer fremdartigen Beimengung ist fast nichts wahrnehmbar, nur an einer harten Stelle zeigten sich sogenannte Nester von Zellen der Epidermis.

Berlin, 18. Februar. (W. T.) Die „Klinische Wochenschrift“ wird ersucht, dem Gutachten Virchows und dem Berichte Machenjes Folgendes hinzuzufügen: In den Erörterungen der Presse gelegentlich des Novemberanlasses des Kronprinzen wurde angenommen, die damals ausgesprochene Ansicht, daß die Entfernung des Abscesses auf zweien Krebs zurückzuführen sei, stamme nur aus dem Gutachten der Ärzte her. Diese in keiner Weise richtige Darstellung hat bei den Ärzten in San Remo begreifliches Aufsehen erregt. Der wahre Sachverhalt ist der, daß in dem Ausnurse außer Nahrungsbestandtheilen und Eiter nur epitheliale Elemente gefunden wurden. Von letzteren hat Dr. Krause an Virchow ein Originalpräparat gebracht, welches einen Haufen Epithelkörperchen enthielt. Keiner der Ärzte hat damals die Diagnose auf Krebs gestellt.

Die „Klinische Wochenschrift“ bemerkt hierzu, diese Schriftstücke seien wohl geeignet, das Publikum von übertriebener Angst und Verzagtheit zurückzubringen und die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang der schweren Krise festzuhalten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. Februar.

Die dritte Lesung des Socialisten-gesetzes

hat gestern mit der Annahme der Vorlage in der ihr in 2. Lesung gegebenen Form geendigt und die Vereidigung Bevels, der nochmals auf dem

Stadt-Theater.

„Der Siegende Holländer“, der sich am letzten Montag bei der Wagner-Feier mit dem zweiten Akt ankündigte, ging gestern mit bestem Erfolge über die Bühne. Herr Schlosser in der Titelrolle culminirte mit seiner Leistung im dritten Akt durch hinreißendes Feuer und innerste Wahrheit des Ausdrucks bei technisch vollkommenem Beherrschung des dort Verlangten; er schien freilich erst dort mit der Entwicklung der entfesselten Leidenschaft in sein rechtes Fahrwasser zu kommen, womit indessen nicht gesagt sein soll, daß er in dem zweiten Akt in der großen, psychologisch so tief angelegten Liebescene mit Genta irgend fühlbar etwas zu wünschen übrig gelassen hätte. Von seiner Erscheinung haben wir bereits berichtet. Sein Spiel war noch ansprechender als bei der neulich stattgehabten Aufführung des zweiten Aktes. Im ersten Akt gehört zu dem großen Monolog, mit welchem Wagner, was den Text betrifft, Byrons Manfred in jedem Zuge und glücklich nachahmt, ein ausnehmend genialer Sänger, um die schauspielerische Aufgabe und zugleich die gefangenlich außerordentlich schwierige und nicht dem entsprechend wirkame Partie zu einem ergreifenden Ganzen zu gestalten. Dass dies Herrn Schlosser gelungen sei, läßt sich nicht behaupten, wenn auch das, was er darbot, durchaus dankenswerth war. Diese Ungleichheit aber in der Leistung — wenn gleich das Crescendo derselben bis zu dem Glanzpunkt des 3. Aktes weit willkommener war als es das Umgekehrte gewesen wäre — bewirkte doch, daß der Sänger des Holländer geistig nicht, wie er soll, in den Mittelpunkt der Oper trat, sie mit dem Ideengehalt seiner Rolle beherrschend, sondern als der Träger des Ganzen erschien ver-

plane erschien, gezeigt. Das Thema ist so ziemlich erschöpft. Wenn man aber die gestrigen Verhandlungen, wie sie jetzt vorliegen, näher durchliest, so drängen sich unwillkürlich Betrachtungen auf über ein anderes Thema, nämlich dasjenige der sachlichen Behandlung der Geschäfte, wie sie jetzt im Reichstage beliebt wird.

So lange im Reichstage eine Majorität vorhanden war, welche unter Umständen der Regierung auch in einer Sache, in der sie nicht, wie in der Frage der Verschärfung des Socialisten-gesetzes, den Rückzug noch vor Beginn der Schlacht antrat, ein verneinendes Votum entgegensetzen konnte, war in der Regierungspresse immer von der Verwirrlichkeit der Parteitaktik und dergl. die Rede. Bei dieser kommt die sachliche Behandlung nicht zu ihrem Recht. Die Berathung des Socialisten-gesetzes im Reichstage war, obgleich sie unter der Herrschaft der Cartellmehrheit stattfand, alles andere denn eine sachliche. In keinem Stadium der Verhandlung hat der allein verantwortliche Minister, Herr v. Puttkamer sich die Mühe genommen, die Verschärfungsanträge der Regierung halbwegs zu motiven. Er hat diese Aufgabe dem sächsischen Bevollmächtigten, Oberstaatsanwalt Dr. Held überlassen; während dessen Rede man darüber nachdenken konnte, wie es möglich sei, daß der scharfe Inhalt einer Rede in so vollkommenem Widerspruch mit dem Dialekte des Redners stehe. Minister v. Puttkamer ging gestern bei der dritten Berathung so weit, daß er versicherte, er wolle die Geduld des Hauses nicht dadurch in Anspruch nehmen, daß er auf das Gesetz selbst eingehe. Dafür hat Minister v. Puttkamer sich schadlos gehalten durch erneute Angriffe gegen Herrn Dr. Bamberger.

Zunächst wärme er trotz der jüngsten Verhandlungen den Vorwurf gegen den Abgeordneten wieder auf, er habe den stenographischen Bericht korrigirt, um das, was er gesagt habe, abzuschwächen. Diese Geschichte ist schon nicht mehr neu. Herr Bamberger hat von einem „verachtenden“ Urteil des Auslandes über den deutschen Parlamentarismus gesprochen; der Seher hat „vernichtend“ daraus gemacht, und nun gebuhrt man sich, als ob Herr Bamberger so wenig deutsch verstehe, daß er „vernichtend“ für einen schärferen Ausdruck halte, als „verachtend“. Jemand kann einen anderen verachten, ohne ihm damit, moralisch gesprochen, einen Schaden zuzufügen; eine „vernichtende“ Antwort setzt aber die wenigstens moralische Vernichtung des Frageren voraus. Nichts desto weniger protestierten einige Herren von der äußersten Rechten, Cartellgenossen des Herrn v. Bennigsen, gegen die Behauptung Bambergers, er habe sich bei der Correctur des stenographischen Berichts keiner Sünde, auch keiner Unterlaßungsfür schuldig gemacht, und als Dr. Bamberger die Herren erwiderte, sich zu nennen, gab Frhr. v. Hammerstein, der Redakteur der „Kreuzig.“, sich als Ankläger des Herrn Dr. Bamberger zu erkennen. Wie weit diese Parteigenossen des Herrn Hofpredigers Glöckner es bereits gebracht haben, ergibt sich daraus, daß ein Mitglied der conservativen Partei die These aufgestellt hat, der Seher, nebenbei ein in der Druderei der „Nordd. Allg. Ztg.“ beschäftigter Geher, dem die Umwandlung des „verachtend“ in „vernichtend“ zur Last fällt, sei von Herrn Dr. Bamberger bestochen worden. Gegen solche Verdächtigungen muß sich heute ein Mitglied der freisinnigen Partei öffentlich im Reichstage vertheidigen! Hoffentlich werden die Herren sich jetzt beruhigen: Dr. Bamberger hat gestern, ebenso wie in der persönlichen Bemerkung gegen Bennigsen in der Sitzung vom 1. Februar d. J., das Wort „verachtend“ mit Bezug auf den Parlamentarismus nicht nur anerkannt, sondern auch mit Berufung auf Staatsanwälte, welche Beschlüsse eines deutschen Reichstags als unpatriotisch und

sachlich voll öffentlich bezeichnen dürfen, eingehend motiviert.

Minister v. Puttkamer beschwerte sich noch über eine wirkliche Correctur in dem stenographischen Bericht der Rede Bambergers vom 28. Januar. Der Redner habe seine Vermuthung über die Kunst der Röste mit Dynamit im Hause des Polizeiagenten Schröder in Jürich so entstellt, daß die Entgegnung des Ministers unverständlich geworden sei. Fr. Dr. Bamberger verlas gestern den betreffenden corrigirten Passus, und wahrscheinlich wird niemand im Hause den Sinn desselben unverständlich gefunden haben. Dr. Bamberger benutzte die Gelegenheit, um sich auch gegen die frühere Behauptung des Ministers von Puttkamer zu vertheidigen, er habe in seiner Rede vom 28. Januar die socialpolitische Gesetzgebung des Reichs „persifliert“. Er verlas den bezüglichen Passus zur großen Unzufriedenheit der Rechten, so daß er die Frage aufwarf, ob die Herren keinen anderen Beruf hätten, als Ministerreden zu applaudiren. Herr B. hat eben nur gesagt, daß die socialpolitischen Gefüße nicht im Stande seien, der Sozialdemokratie Abbruch zu thun. Daß der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Minister des Innern Herr v. Puttkamer am Tische des Bundesraths zur Vertheidigung der Polizeiagenten Naporra und Thring-Mahlow das Wort nahm und sich rühmte, diesen Würdigen das allgemeine Ehrenzeichen etwas früher, als sonst wohl geschehen, erwirkt zu haben, darf nicht unerwähnt bleiben. Von der Art, wie jetzt im Reichstage „sachliche Politik“ getrieben wird, giebt diese kleine Blumenrede eine genügende Vorstellung.

Erörterungen über den Vorbehalt der Nationalliberaten, binnan zwei Jahren das Gesetz durch Ausbildung des gemeinen Rechts überflüssig zu machen, fanden gestern nicht statt. Die Aussicht auf Erfolg in dieser Richtung ist vorläufig sehr gering. Der sächsische Bevollmächtigte Dr. Held wies den Vorwurf, das Socialisten-gesetz habe nichts genützt, weil die Sozialdemokratie nach wie vor existiere, mit dem Hinweis darauf zurück, daß trotz der Strafgesetze die Verbrechen nicht aufgehört hätten. Von dieser Auffassung aus ist an die Aufhebung des Gesetzes überhaupt nicht zu denken.

Was nun speziell die Angelegenheit des Jüricher Polizeihauptmanns Fischer anlangt, so hätte man erwarten dürfen, daß wenigstens bei der dritten Berathung des Socialisten-gesetzes der Herr Minister v. Puttkamer Gelegenheit nehmen werde, sich über die durch die Unterschrift Fischers als richtig bezeugten Behauptungen, welche sich auf die Thätigkeit der preußischen Polizeiagenten Schröder und Haupt beziehen, zu erklären. Aber diese Erwartung ist gänzlich enttäuscht worden. Minister v. Puttkamer hätte für seine gegentheiligen Mittheilungen genügt, weil die Sozialdemokratie nach wie vor existiere, mit dem Hinweis darauf zurück, daß trotz der Strafgesetze die Verbrechen nicht aufgehört hätten. Von dieser Auffassung aus ist an die Aufhebung des Gesetzes überhaupt nicht zu denken.

Noch eines Punktes muß bei der Fischer-Affäre gedacht werden. Bei der ersten Berathung des Socialisten-gesetzes in der Reichstagsitzung vom 21. Januar erklärte Minister v. Puttkamer unter Hinweis auf das von den Herren Ginter und Bebel vorgelegte Zeugnis des Polizeihauptmanns Fischer:

„Ich bin selbstverständlich ohne Kenntnis von den

Vorgängen gewesen; aber ich werde in der Lage sein, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß er bei den schweizerischen Behörden gegen ein solches, ganz unverantwortliches Verfahren protestirt.“

Seitdem sind fast 3 Wochen vergangen. Hat der Reichskanzler inzwischen „protestirt“? Anscheinlich nicht; wenigstens findet sich in der „Times“ vom 16. Februar ein Telegramm aus Bern, welches lautet:

„Bis jetzt ist dem schweizerischen Bundesrat keine Note seitens der deutschen Regierung bezüglich des Verhaltens des Jüricher Polizeihauptmanns Fischer in der Socialistenangelegenheit zugegangen. Alles, was bisher geschehen, beschränkt sich auf eine Bitte um Aufklärung in der betreffenden Sache.“

Der Herr Reichskanzler ist also offenbar vorstelliger als Minister v. Puttkamer. Ob er protestirt, sucht er zunächst den wirklichen Sachverhalt klar zu stellen.

Die Wechselregulierungs-Debatte.

Über die nach länger denn 15jährigen Verhandlungen endlich erschienene Wechsel-Regulierungs-Vorlage ist gestern im Abgeordnetenhaus das erste Wort gesprochen worden. Hoffentlich ist es nicht das letzte, denn diese Gesetzes-Vorlage ruft in der That eine Reihe von Bedenken her vor und betrifft eine so schwierige Materie, daß die gestrige General-Debatte darüber nichts weniger als eine erschöpfende Behandlung derselben war. Einer Hervorhebung der hauptsächlichsten Streitpunkte wird es für Lefer der „Danziger Zeitung“ nicht bedürfen — es hat sich ja in ihren Spalten seit anderthalb Decennien der Widerstreit der Meinungen und Interessen überwiegend concentrirt. Aber gerade dadurch werden unsere Leser auch am besten orientirt sein über die Unhaltbarkeit der Deductionen des Hrn. Landwirtschafts-Ministers, welcher meint, Befürchtungen für die Gefährdung Danzigs etc. seien „absolut unzutreffend“. Die Wechsel hat in ihrer Jahrhunderte langen Unheils geschichte fast stets die Berechnungen der Techniker über den Haufen geworfen. Man kann also den Durchblick der Nehrung für zweckmäßig halten, ohne daß man deshalb verpflichtet ist, darin allein die Panacee für unsre oft schwer heimgesuchten Niedergänge zu erblicken. Noch skeptischer verhalten wir Westpreußen nach unserem eigenen Erfahrungen uns zu dem Autoritätsglauhen. Der Beweise für die Berechtigung unseres Skeptizismus sind an dieser Stelle schon gar zu viele geliefert. Man sollte daher auch das Maß der Anforderungen an die schon hart belasteten Interessen nicht gar zu hoch spannen, denn bei aller Großartigkeit und sorgfältigen Erwägung des Regulierungsprojektes bleibt dasselbe zunächst ein Experiment.

Die Reichstags-Commission zur Vorberathung des Identitätsantrags hat sich bereits gestern constituit und besteht aus folgenden Mitgliedern: Brömel, Büsing, v. Fischer, v. Flügge, Gamp, Göser, Dr. Hammacher (Stellvertreter des Vorsitzenden), Hesse, Hoffmann-Rönningsberg (Schriftführer), Holtz (Schriftführer), Freiherr v. Hornstein, Freiherr v. Huene, Hultsch, Limburg, Lohren, Metzner, Freiherr v. Mirbach, Niethammer, Nobbe, Freiherr v. Pfeiten, Graf v. Praschma, v. Puttkamer-Blauth, Richter, Scipio, Graf zu Stolberg-Wernigerode (Vorsitzender), Struckmann, v. Wedell-Malchow, Wörmann.

Nach dieser Zusammensetzung, die übrigens im Laufe der Verhandlungen noch Abänderungen erfahren kann, darf man es als wahrscheinlich bezeichnen, daß sich in der Commission eine Mehrheit für die Aufhebung des Identitätsnachweises ergeben wird. Einen sicheren Schluß auf die Entscheidung des Plenums würde dies allerdings noch nicht zulassen, da sich noch nicht genau übersehen läßt, in welchen Stärkeverhältnissen sich die Freunde und Gegner des Antrages in den einzelnen Parteien befinden; nur so viel steht fest,

wir erinnern hier an seinen trefflichen Rocco — sich auf Detailzeichnung verlegen kann, als wenn es sich um höheres Pathos und dauernde Anspannung der technischen Mittel und seelischen Kräfte handelt; wenn seine Tongebung hier des öfteren unbestimmt erscheint, so ist es nicht Gehör, was ihm fehlt — wenigstens kann in dieser Richtung eine verfehlte einzelne Phrase den Gesamtwerth einer Leistung nicht wesentlich beeinträchtigen. Das Studium wird in jener Beziehung Herrn Büsing noch die Mittel zu sicherer Beherrschung seiner Stimme an die Hand geben können. — Fräulein Walter besorgte bestens, was sie in der kleinen Partie als Marn zu singen und zu thun hat; Herr Gedlich als Steuermann hatte es zwar noch nicht zu dauernder Sicherheit der Intonation gebracht, bewahrte sich aber von neuem als im Besitz einer angenehmen und kräftigen Tenorstimme. Besondere Anerkennung verdient noch die Aufführung des recht schwierigen Männerhors im dritten Akt; auch der Spinnchor hatte an Mäßigung in Tempo und Tonkraft gewonnen. Wir sind überzeugt, daß von den Chorkräften unseres Theaters, an deren musikalischer Sicherheit so viele Anforderungen mit Erfolg gestellt werden, auch an Schönheit im Ausdruck mehr zu erlangen sein würde. Das Orchester und der Dirigent entledigten sich ihrer Aufgabe mit allem hier wünschenswerten Feuer und Wohlklang; das einzelne Mitglied sollte sich nur stets sagen, daß wenn einer es in dem großen Ganzen einmal an Aufmerksamkeit fehle, es gleich allen im Augenblick etwas verdriickt — mit dem Dirigenten ist deshalb nicht zu rechnen. Bei der durchaus günstigen Beschaffenheit der meisten Factoren, mit denen hier gearbeitet wird, könnten wir einer reicheren Pflege der Oper nur angelegenlich das Wort reden: der Theil des

Publikums, der das Ernstere und von den ständigen Kräften tüchtig Geleistete noch dem Geistigen oder besonderen vorübergehenden Anregungen des Interesses am Theater vorzieht, würde sich dann weniger vom Theater entwöhnen, als es nach dem gestrigen leider nicht zahlreichen Besuch der Holländer-Dorstellung zu urtheilen der Fall ist. Wir haben ein gutes Orchester, einen vorzüglichen Dirigenten, in der Person des Directors einen vollbewährten Meister der Regie, einen Chor, mit dem des Guten genug zu erreichen wäre, eine nicht geringe Anzahl tüchtiger, zum Theil hochbegabter Sänger und Sängerinnen — und doch wie selten in den letzten acht Wochen haben wir eine Oper gehabt! Sollte wirklich in unserem Publikum nicht Ernst und nicht Wohlwollen genug für sie vorhanden sein? Sind denn etwa an den größeren Opern-Bühnen lauter Niemann, Göthe, Arolo, Sembrich, Lucia, u. s. f. Muß man nicht auch dort sich begnügen? Wir glauben kaum, daß bei consequenter Pflege und sorgfältiger Vorbereitung, die uns vorherrschend solche Gaben brächten, wie z. B. gestern den 3. Akt und so manche vollkommen schöne Scene im Holländer, am Montag das Lohengrin-Duet und eine Reihe von Aufführungen, die wir jedesmal in diesem Sinne dankbar hervorgehoben haben, das Publikum dauernd unserer Oper sein Interesse ver sagen würde. Das ersehnte, manchmal auch nur gewöhnliche Bessere ist auf keinem Gebiete mehr als auf diesem des Guten Feind.

Demnächst (Dienstag), zum Benefiz der Frau Riegg-Köppler, deren hohe Begabung wir des öfteren an dieser Stelle zu rühmen hatten, wird die Hochzeit des Figaro in Scène gehen. Hoffen wir, daß das Theater dann reichlich besucht sein wird. C. E.

dass in der conservativen Partei die ersten zahlreicher sind als die letzteren.

Die Spiritusring-Bestrebungen
werden mit größter Unermüdblichkeit und Fähigkeit weiterverfolgt. Die Vertreter derselben arbeiten, unbekürt durch die bisher erlittenen Misserfolge, fort, und nachdem erst in dieser Woche ein Project gescheitert war, taucht jetzt schon ein neues auf. So schreiben heute die „Pol. Nachr.“:

„Über neue Handlungen, welche in der An-
gelegenheit der Errichtung einer Spiritusbank
schweben, erfahren wir, daß für den 25. Februar
eine Versammlung der Spiritusbrenner nach
Berlin berufen ist, welcher jedoch am 21. Februar
eine Besprechung der Spiritushändler voraufgehen
soll, um eine Verständigung über das neue Pro-
ject zu erzielen. Als Basis wird ein gemeinschaft-
liches Vorgehen der Brenner und Händler in
Ausicht genommen.“

Das genannte Organ bemerkt des weiteren hierzu: „Wenngleich wir ein Urtheil über das Project selbst, da wir besten Details nicht genauer kennen, nicht abzu-
geben in der Lage sind, so möchten wir doch bemerken,
daß der Weg, welcher jetzt eingeschlagen werden soll,
ein praktikabler sein müßte, wenn es gelänge, die oben
angekündigte Verständigung zwischen den Brennern und
Händlern herbeizuführen.“

An der Weisheit dieser Bemerkung ist wohl nicht
zu zweifeln; „praktikabel“ muß der Weg aller-
dings sein, der zur Verständigung und zum Ge-
lingen führen soll. Die böse Frage, über die sich
die „Pol. Nachr.“ wohlweislich ausschweigen, ist
nur das „Wie“. Ob dieses Rätsels Lösung dies-
mal besser gelingt als früher, bleibt abzuwarten.

Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften.

Innerhalb der Berufsgenossenschaften werden
wie im Anfang jedes Jahres, auch gegenwärtig
diesen Kostenten auf die einzelnen Betriebs-
unternehmer umgelegt, welche für das abgelaufene
Jahr in Folge von Entschädigungen der Verletzen
resp. deren Hinterbliebenen, Aufristung des
Reservefonds, Maßregeln zur Verhütung von Un-
fällen, Unterhaltung der Verwaltung etc. ent-
standen sind.

Nach der dem Reichstage vorge-
legten Nachweisung der Rechnungsergebnisse der
Berufsgenossenschaften pro 1886 betragen die in
Folge des Unfallversicherungsgesetzes für diesen
Zeitraum entstandenen Kosten im ganzen 10,5
Millionen. Für das Jahr 1887 haben dieselben,
wie die „Pol. Nachr.“ schreiben, aller Wahrschein-
lichkeit nach einen bedeutend größeren Umfang
angenommen. Wie aus dem von uns bereits im
Auszuge mitgetheilten, neuerlich an den Reichs-
kanzler erststateden Geschäftsbericht des Reichs-Ver-
sicherungsamts hervorgeht, betragen nach einer
vorläufigen Feststellung die im Jahre 1887 ver-
ausgebenen Entschädigungen (Rente etc.) gegen-
über 1915 366 Mark im Vorjahr 5 829 226 Mk.
Nach § 18 des Unfallversicherungsgesetzes sind bei der
diesmal Platz greifenden zweiten Umlegung 200 proc.
der Entschädigungen als Reservefonds, demnach
11,6 Millionen aufzubringen. Rechnen wir dazu
die Kosten der Unfalluntersuchungen und Fest-
stellung der Entschädigung, der Schiedsgerichte,
der Verwaltung und der Unfallverhütung nur in
Sohle derjenigen für das Jahr 1886 mit 2,6
Millionen, so erhalten wir einen wahrcheinlichen
Gesamtausgabebetrag für das Jahr 1887 von
rund 20 Millionen Mark, der in Wirklichkeit
noch übersteigen sein dürfte, da die Ausgaben
für die Unfallverhütung im Jahre 1887 gröbere
geworden sind, als 1886. In diesem Betrag sind
die Ausgaben für die Reichs- und Staatsbetriebe
inbegripen. Erwagt man indessen, daß die
letzteren an der Ausgabe für 1886 nur mit zwei
Prozent beteiligt waren, so wird man ermessen
können, welche große Summe gegenwärtig von
unseren durch die Berufsgenossenschaften zu-
sammengefaßten Industrie- und Gewerbszweigen
als Kosten der Unfallversicherung für ein Jahr
aufgebracht werden.

In der französischen Deputirtenkammer
verlangte gestern der Abgeordnete Gans-Leron
die Dringlichkeit für seinen Antrag, eine Unter-
suchung über die Fragen anzustellen, die sich an
den Ablauf des Privilegiums der Bank von
Frankreich knüpfen. Der Ministerpräsident
Tirard behauptete den Antrag und erklärte, es
könne dadurch zwischen der gefahrgabe und
ausübenden Gewalt eine Verwirrung entstehen.
Die Dringlichkeit wurde mit 323 gegen 199 Stimmen
abgelehnt. Der Deputirte Hérisse (radical) brachte
darauf einen Antrag ein, wonach Minister nicht
sollen zu Deputirten oder Senatoren gewählt
werden können, so lange sie sich im Amt befinden,
sondern erst nach 6 Monaten von dem
Tage ab, an welchem sie aus dem Ministerposten
geschieden sind. Hérisse verlangte für diesen An-
trag die Dringlichkeit. Der Minister des Innern,
Garrin, erklärte, der Antrag des Deputirten
Hérisse trage einen persönlichen Charakter und sei
gegen den Minister Flourens gerichtet, er er-
wartete die angekündigte Interpellation. Die Regierung verhalte sich in Bezug auf die Deputirten-
wahl im Département Hautes-Alpes durchaus
neutral. Der Deputirte Maillard (radical) warf
der Regierung vor, daß sie offizielle Wahl-
candidaturen betreibe. Schließlich wurde für den
Antrag Hérisse die Dringlichkeit mit 238 gegen
221 Stimmen abgelehnt.

Admiral Hewett,
der Commandeur des englischen Mittelmeer-
geschwaders, hat bekanntlich neulich in Genua
eine Rede gehalten, in der er die freund-
schaftlichen zwischen England und Italien bestehenden
Beziehungen berührte und auf eine eventuelle
Waffengemeinschaft der beiden Staaten hinwies.
Dieser Vortrag kam gestern im englischen Unter-
hause zur Sprache. Der erste Lord der Admi-
ralität, Lord Hamilton, erklärte dabei, es sei
nicht selten, daß die Offiziere einer Nation, wenn
sie zu Ehren der Offiziere einer anderen Nation
eine Feindseligkeit ablehnen, den Wunsch aus-
sprächen, daß sie die beiderseitigen Streitkräfte in
einem Kriege vereint seien möchten. In den dem
Viceadmiral Hewett zugeschriebenen Worten sei,
wenn Hewett dieselben gebraucht habe — was er noch bezweife — lediglich eine freundliche und
schlichte Gesinnung zum Ausdruck gebracht.

Auswanderung aus Montenegro.
Da sich in den schwarzen Bergen die Hungers-
noth trog aller ergriffenen Maßregeln noch immer
sehr empfindlich bemerkbar macht, beginnen zahl-
reiche Montenegriner abermals auszumwandern,
und zwar richten die Auswanderer jetzt ihre
Schritte nach der Türkei. In den letzten Tagen
finden über 60, nach einer anderen Version bei
100 Montenegriner auf einem Privatschiff nach
Konstantinopel abgesegelt, wo sie ihre Subsistenz-

mittel finden zu können glauben. Freilich werden
diese Emigration auch andere, mit friedlicher
Beschäftigung nicht zusammenhängende Ziele unter-
schoben, es läßt sich aber nicht entscheiden, ob
diese Angabe den Thatsachen entspricht.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 17. Februar.

Erste Berathung des C.-C., betreffend die Regulirung
der Stromverhältnisse in der Weichsel und Nogat.

Abg. Wehr-D. Krone (freicon): So erfreulich die
Vorlage, so unerfreulich ist der Inhalt derselben nach
der finanziellen Seite. Nach meiner Meinung hat aus-
schließlich die Regierung die Verpflichtung, für den
Durchfluß der großen Ströme nach dem Meere zu sorgen,
ohne die Interessenten noch besonders zu belästigen.
Zudem sind auch die Interessenten gar nicht im Stande,
diesen neuen Anspruch an ihre Leistungsfähigkeit zu erfüllen.
Die Deichlast ist schon heute sehr hoch, die Not-
lage der Landwirtschaft besteht unverändert fort. Es ist
daher durchaus ungerechtfertigt, daß die Hälfte sämtlicher
Kosten von den Deichverbänden aufgebracht werden
soll, zumal man ja diesen auch noch die Unterhaltung
der neuen Deichanlagen aufbürden will. Ob die Vor-
lage angenommen wird oder nicht, zur Ausführung gelangt sie nie, wenn man an dieser Bedingung festhält.
Und von den ganz bedeutenden fiskalischen Interessen,
die hier in Betracht kommen, schweigt der Gängers
Höflichkeit in den Motiven ganz. Beim Rhein-Maas-
Canal soll der Staat 58, die Interessenten 6 Mill. Mk.
aufbringen, und selbst diese wenigen Millionen weigern
sich die Interessenten zu zahlen. Ebenso liegt die
Kostenfrage bei der in Aussicht stehenden Über-
regulirung. Keinem anderen Landesteile wäre, wie
ich überzeugt bin, eine solche Vertheilung der Kosten-
aufbringung, wie in der Vorlage, angekommen worden.
Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine
Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dünckberg (n-l): Wenn man den Durchstich
bewirke, so werde ja allerdings die gewünschte Ab-
leitung des Hochwassers erreicht werden; es frage sich
dann aber immer noch, wie lange die Verkürzung des
Wasserlaufs sich erhalten werde. Im übrigen scheine
der Nutzen des Projects für die Interessenten so
groß, daß der Kostenpunkt erst in zweiter Linie in
Betracht komme.

Abg. Döring (conf): schildert die Stromverhältnisse
der Weichsel und Nogat, die bei Durchführung des
Projects höchstwahrscheinlich ins Auge zu fassen seien; es frage sich
dann aber immer noch, wie lange die Verkürzung des
Wasserlaufs sich erhalten werde. Im übrigen scheine
der Nutzen des Projects für die Interessenten so
groß, daß der Kostenpunkt erst in zweiter Linie in
Betracht komme.

Abg. Borowski (Centr): schildert aus eigenen Er-
fahrungen die Verhältnisse in den alljährlich von
Überschwemmungen bedrohten Gegenden der Nogat-
und Weichselneiderung und gibt der Hoffnung Aus-
druck, daß das vorliegende Project dazu beitragen
werde, die Gefahren endlich zu beseitigen. Mit dem
Abg. Wehr ist er aber der Meinung, daß die Inter-
essenten einen so hohen Beitrag zu den Kosten nicht
beiträumen vermögen, und daß man deshalb in der
Commission dem Kostenpunkt eine besondere Aufmerk-
samkeit geweisen zuwenden müsse.

Abg. Steffens-Danzig erklärt gleichfalls die ben-
adjacenten angefohlenen Leistungen für übertrieben.
Entgegen dem Abg. Döring bestreitet er, daß über
die Zweckmäßigkeit des neuen Ahlen-Fahlschen
Projects Einsinnlichkeit herrsche, und weiß auf
das schon vom Abg. Wehr erwähnte Promemoria
der Stadt Danzig gegen das Gutachten der Academie
des Bauwesens hin, welches Promemoria auch von
zahlreichen Autoritäten auf dem Gebiete des Wasser-
baues, wie Martini, Schlichting u. a., gebilligt worden
sei. Die Bedenken der Kaufmannschaft Danzig gipfeln
darin, daß sie fürchtet, die Verbindung Danzigs mit der
Weichsel durch die Plehendorfer Schleuse werde durch
die Ausführung des Projects erschwert und so der
Handel der Stadt beeinträchtigt, außerdem aber die
Überschwemmungsgefahr für Danzig eben dadurch be-
deutlich erhöht werden. Die Regierung hat diese Bedenken
als berechtigt anerkannt, glaubt ihnen aber durch
die Anlegung neuer Schleusen- und Schiffahrts-
anlagen und durch die Offenhaltung der Mündung bei
Neufahr begegnen zu können. Erstes erscheint den
Vertretern der Stadt Danzig unzureichend, letzteres
wird entweder ganz unmöglich oder nur durch sehr
kostspielige Molenanlagen zu bewirken sein. Redner
bittet, die Bedenken Danzigs in der Commission zu be-
rücksichtigen.

Minister Lucius findet es begreiflich, daß die Ver-
treter des beteiligten Districts die Vorlage so günstig
wie möglich gestalten wollen, bietet aber die Ansprüche
nicht zu hoch zu spannen. Einigkeit für ein bestimmtes
Project wird nie zu erreichen sein. Die Regierung kann
sich nur an die Entscheidung der höchsten technischen
Instanzen halten. Der Einwand, daß der Handel
Danzigs beeinträchtigt werden könnte, mag begründet
sein; aber für unbegründet muß die Behauptung ange-
sehen werden, daß die Wassergefahr für Danzig sich erhöht.
Der Durchstich sorgt für bessere Vorfluth, und die
Verkürzung des Wasserlaufs um 8 bis 9 Kilometern
befreunt doch entsprechend den Wasserabfluß. Eis-
verschwendungen können überhaupt nicht verhindert werden;
aber die Dammbrücke werden sicher sehr viel seltener
eintreten. Was die Kostenvertheilung betrifft, so ist der
Durchstich, die wichtigste und kostspieligste Anlage, auf
9 Mill. veranschlagt; er erfolgt aber nicht im Schiffahrts-
interesse, sondern im Interesse der besseren Vorfluth,
und unleugbar haben doch die Adjacenten hieran das
allererheblichste Interesse. Die Strombauverwaltung
wird selbstverständlich alle Wünsche der Interessenten
nach Möglichkeit berücksichtigen. Wahrscheinlich wird
die Anfangssumme nicht ganz in Anspruch genommen
werden, die Leistungen der Adjacenten können also sehr
wohl noch eine Verminderung erfahren.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (conf): glaubt, daß man
der Ausführung des lang ersehnten Projects zwar
einen Schritt näher, aber keineswegs ganz nahe gekommen
sei; speziell hätten die Ausführungen des hrn.
Steffens neue Bedenken wachgerufen. Erfreulich sei, daß
der Abg. Steffens die Gesetz einer Schädigung Danzigs
durch das Hochwasser der Weichsel jetzt anerkenne;
numehr werde Danzig sich doch wohl nicht mehr
sträuben, zu den Kosten beizutragen, und davon ab-
sehen, das ganze Opfer den armen Niederungsbe-
wohnern aufzubürden. Jedenfalls werde ohne Danzig
der Betrag von 10 Mill. von den Interessenten nicht
aufgebracht werden; vor allem aber könne der Staat
sehr wohl einen höheren Anteil übernehmen.

Nachdem noch der Abg. Drawe (Danzig) im Sinne
des Abg. Steffens gesprochen, wird die Discussion ge-
schlossen und der Gesetzesvorschlag einer Commission von
21 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Reichstag.

40. Sitzung vom 17. Februar.

Dritte Lektion des Socialistengesetzes.
Der Kriegsminister berichtigt die Mittheilungen des
Abg. Bebel, welche sich auf die frühere Fahnenflucht
des Anarchisten und politischen Agenten Haupt vom
93. Regiment beziehen haben.

Abg. Bebel (soc): beginnt seine Rede mit der Er-
klärung, daß er selbst heute diese Berichtigungen zu
geben beabsichtigt habe. — Die Ursache für das Ju-
stizdelikt dieses Gesetzes waren die Attentate
Hödel und Noblings, die man unserer Partei ange-
hört hat. Hödel war bereits im Frühjahr 1878 von
unserer Partei mit Schimpf und Schande ausgestochen
worden, weil er ein moralisch ganz verkommenes
Subject war, und war dann in Berlin Christlich-socialist
im Verein des hrn. Götzler geworden. Über Nobling
ist von dem bekannten Schneidermeister Grüneberg die Er-
klärung abgegeben worden, und alle Berliner Zeitungen
nahmen davon Notiz, daß auch er dem christlich-socialen

Verein angehört habe. Jedenfalls war die Aufregung
nach dem Attentat im deutschen Volk mit Recht eine
ungeheure, und diese ist nun von unseren Gegnern für
das Zustandekommen des Socialistengesetzes in der
schamlossten Weise ausgenutzt worden. Die Ziele der
Sozialdemokratie sind in der That auf eine Um-
gestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschafts-
ordnung gerichtet, und wenn Sie diese Bestrebungen
als revolutionär bezeichnen, so habe ich von meinem
Standpunkt nichts dagegen einzuwenden. Es fragt
sich nur, wie diese Bestrebungen verwirklicht werden.
Eine Bewegung kann nur dann zum Ziele führen,
wenn sie die Mehrheit des Volkes für sich gewonnen
hat. Eine rein politische Bewegung gibt es nicht,
ebenso wenig wie eine rein religiöse. Überall spielen
sociale Momente mit. Ein charakteristisches Bei-
spiel hierfür ist die Einführung des Christen-
thums, welches ohne den sozialen Unter-
grund nicht eine so große Bedeutung erlangt hätte.
Es hat in den ersten Jahrhunderten ganz ähnliche Ver-
folgungen erlitten, wie die Sozialdemokratie, und die
römischen Kaiser sahen auch die Christen als Staats-
feinde und Feinde des Vaterlandes an. Trotzdem hat
das Christenthum in Folge der sozialen Misere und des
sozialen Versaalsprozesses durch seine Lehre von
der allgemeinen Gleichheit und Brüderlichkeit allmählich
selbst das römische Kaiserthum für sich genommen. Ob
wir in Deutschland einen sozialistischen Kaiser erleben
werden, weiß ich nicht (Lachen rechts); aber das
eine weiß ich, daß die sozialistische Bewegung das
deutsche Kaiserreich gemessen hat, eine stark sozia-
listische Maske vorzunehmen. (Vizepräsident Bühl ruft
den Redner dafür zur Ordnung.) Es gab eine Zeit,
wo der Socialismus lieb Kind war, weil man die
Socialisten gegen die Opposition der liberalen Bourgeoisie
gebrauchen wollte. Ende der 60er Jahre war ja noch Geheimrat Lothar Bucher Mitglied des
internationalen Arbeiter-Comites. Früher war auch
Liebknecht bei der „Nordb. Allg. Ztg.“ engagiert,
mit dem Zugeständnis, daß socialistische und
communistische Bestrebungen in dem Platze einen be-
stimmten Raum füllen dürfen. Erst nach 1866, als die
Bourgeoisie aufhörte, Opposition zu machen, ging man
an, gegen die Sozialdemokratie einzuschreiten. — Ganz
unbewußt weiß heute jeder Arbeiter, daß unsere Ziele
auch nicht mit Gewalt erreicht werden können, wenn
nicht die Entwicklung der Gesellschaft weit genug ge-
dient ist. Daher ist es uns vollständig gleichgültig,
welcher Staatsmann an der Spitze steht. Die bedeutendsten
Persönlichkeiten schließen nicht, sondern werden
geschoben. Sie handeln nicht aus eigenem Willen, son-
dern unter dem Druck der Verhältnisse. Man nennt
unsere Ideen revolutionär; sie sind es auch, aber das
bestreite ich, daß sie nur mit Gewalt durchgeführt
werden können. Es gibt Revolutionen von oben,
von unten und solche, wo diese beiden Factoren zusammenspielen und dadurch Reformen herbeiführen.
Die Revolution von oben haben wir dann, wenn Ver-
fassungen gewaltsam gestürzt, wenn Fürsten verjagt,
Länder konfisziert werden, wie z. B. 1866 die gewalt-
same Sprengung des deutschen Bundes, die italienische
Bewegung. Die Revolution von unten hatten wir
unter anderem 1830, 1848, und als Beispiel möchte ich an-
führen die Steinische Gesetzgebung, die Aufhebung der
Leibeigenschaft. Das aber steht unzweckmäßig fest, un-
möglich ist die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu ihrer Verwirklichung vorhanden ist. Einzel-
ne Leute, Agitatoren, und mögen sie auch noch so
mächtig sein, sind nicht im Stande, aus sich heraus
die Masse zur Gewalt aufzurufen. Wer da glaubt, es
möglich ist, die Revolution in der einen und in der anderen
Gestalt, wenn nicht große Massen der Bevölkerung
für die Ideen gewonnen sind, wenn nicht ein
Bedürfnis zu

* [Der Vorstand des deutsch-nationalen Frauenbundes] veröffentlicht folgendes: „Zu unserem großen Bedauern haben wir uns veranlaßt gesehen, der Freiin Frieda v. Bülow die Vollmacht zu unserer Vertretung in Deutsch-Ost-Afrika zu entziehen.“

* [Neue Ausrüstung der Cavallerie.] Dem Vereinnehmen nach soll die neue Ausrüstung der deutschen Cavallerie, wie dies auch bei der Infanterie der Fall gewesen ist, zunächst noch einer praktischen Erprobung unterzogen werden. Mit Beginn des Frühjahrs wird wahrscheinlich eine Versuchs-Escadron gebildet werden, wobei es sich zuerst um die Entscheidung über den Einheitsattal handeln wird, für welchen mehrere Modelle zur Wahl stehen.

* [Über die Goldfunde im südwestafrikanischen Schutzbereich] wird der in Kapstadt erscheinenden deutschen Zeitung „Das Kapland“ von Herrn Carrington Wilmer aus Walvischbäai unter dem 10. Dezember 1887 geschrieben: „Gold wird in reichen kupferhaltigen Quarzitzen jetzt überall im Lande entdeckt. Herr Stevens, welcher aus Kapstadt mit dem Schiffe „Louis Alfred“ zurückkehrte hat das von dem Bastard Cloete entdeckte Goldfond bestätigt. Dasselbe liegt 40 Meilen von Walvischbäai und ist auf eine Strecke von 3 englischen Meilen in der Länge als reich an sichtbarem Gold festgestellt worden. Ohne Zweifel wird sich dieses Land als ein zweites Kalifornien entwickeln. Alluviallager mit Goldgehalt sind an zwei Plätzen entdeckt worden.“ Unter dem 15. Dezember meldet derselbe Correspondent: „Zwei Mitglieder des Stevens-Syndicats kamen heute Morgen von den Minen hier an und meldeten, daß das Alluvialgold nicht in genügender Reichthaltigkeit gefunden werde, um dessen Ausbeutung bezahlend zu machen; doch sei das Riffgold überall im Lande bezahlend.“

* [Halte den Dieb!] Während das „Dsch. Tgl.“ in einem heftigen Federkrieg gegen die „kriegslustige Kreuzig“ begriffen ist, macht sich die „Schles. Tgl.“ über ein großes Organ lustig, das Wochen und Monate hindurch eine Sprache geführt habe, als ob Hannibal ante portas stünde, und uns nichts mehr übrig bliebe, als Hab und Gut im Keller zu vergraben. Weib und Kind in die Wölber zu flüchten und uns mit der ganzen Wuth der Verzweifelnden auf den Feind zu stürzen, und stellt diesem Organe die Worte des Reichshandlers gegenüber: „Es ist eine nervöse und übertriebene Aufregung, mit der wir seit Jahren kämpfen; namentlich heute halte ich dieselbe für unmotiviert.“ Jenes Organ ist — das über Nacht nationalliberal gewordene „Deutsche Tageblatt“!

Karlsruhe, 17. Februar. Die zweite Kammer genehmigte den Staatshaushaltsetat pro 1888/89. Derselbe beispielt sich in Ausgaben auf 96 228 505 und in Einnahmen auf 94 545 872 Mk.

Schweiz.

Bern, 17. Februar. Von allen Seiten der Schweiz werden Verkehrsstörungen in Folge des Schneefalls gemeldet. In Graubünden sind alle Bergpostcurse, mit Ausnahme desjenigen über den Julier, eingestellt, ebenso der Postverkehr über den Simplon. Auch im Jura sind gewaltige Schneemassen gefallen, in Folge deren der Schnellzug Paris-Bern gestern in Pontarlier stecken blieb.

Schweden und Norwegen.

Christiansburg, 17. Februar. Wie verläuft, hätten die Staatsräthe Arctander, Astrup und Sibbal ihren Abschied genommen und wäre derselbe vom König angenommen worden. (W. L.)

Danzig, 18. Februar.

Wetteraussichten für Sonntag, 19. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Neist trübe, nachhalt und vielfach nebelig, zum Teil halbheiter bei schwachen bis mäßigen Winden mit Niederschlägen und wenig veränderter, später stark zunehmender Temperatur.

Am 19. Februar: G.-A. 7.14, G.-U. 5.15; M.-A. b. Tg. M.-U. 12.19. — Am 20. Februar: G.-A. 7.12, G.-U. 5.17; M.-A. b. Tg. M.-U. 1.24 (erstes Bierfel).

* [Die neuen Eisenbahn-Anlagen in Westpreußen.] Die umfangreiche „Denkschrift“ zu der Secundärbahn-Vorlage des Eisenbahn-Ministers ist nunmehr erschienen. Dieselbe bemerkt bezüglich des projectierten Doppelgleisens Danzig-Hohenstein, daß zwar die 11,3 Kilomtr. lange Strecke Hohenstein-Dirschau mit Doppelgleise versehen sei, die 20 Kilomtr. lange Strecke Danzig-Hohenstein aber noch des zweiten Gleisfehlens entbehre. Nachdem sich der Verkehr der Bahn Danzig-Dirschau so gesteigert hat, daß auf derselben täglich außer 16 Personen- und gemischten und 4 Güterzügen noch häufig 10 Bedarfsgüterzüge, mithin im ganzen 30 Züge befördert werden müssen, erscheine es zur Vermeidung von Unregelmäßigkeiten im Zugverkehr, welche die Sicherheit des Betriebes, sowie die Anschlüsse an die Züge der Hauptlinie in Dirschau gefährden würden, geboten, auch auf der Strecke Hohenstein-Danzig das zweite Gleis auszubauen und die dadurch bedingten Erweiterungen der Bahnhöfe auszuführen. Nur auf der etwa 0,6 km. langen Strecke Rangirbahnhof bis Bahnhof Legehor in Danzig ist von dem Ausbau dieses Gleises noch abgesehen worden, weil derselbe eine Forderung der Festungswerke bedingen und daher besonders schwierig und kostspielig sein würde. Der neulich in einem Leitartikel geschilderte „Auftaufen“- Zustand des Legehor-Bahnhofes soll demnach vorläufig fortbestehen bleiben. — Auch an den Zuständen auf dem Hohethorbahnhofe soll vorläufig nichts geändert werden. Das neue Doppelgleis nach Zoppot wird ebenfalls vor den äußeren Festungsthoren statt machen. Die „Denkschrift“ sagt über diese Anlage: Der Verkehr auf der 11,8 Kilometerlangen Strecke Danzig-Zoppot hat sich so gesteigert, daß zu dessen Bewältigung in den Sommermonaten neben 6 durchgehenden Schnell- und Personenzügen täglich 18 Ortszüge und an Sonn- und Festtagen noch 10 Sonderzüge befördert werden müssen. Da außerdem noch 2 Güterzüge täglich verkehren, so steigt sich die Zahl der an einem Tage zu befördernden Züge auf 36. Zu einer dauernden geregelten Durchführung dieses Verkehrs reichen die vorhandenen Anlagen um so weniger aus, als die zu befördernden Züge sich nicht auf den ganzen Tag gleichmäßig verteilen, sondern namentlich in den Nachmittags- und Abendsstunden sehr häufen. Unter diesen Umständen hat der Ausbau des zweiten Gleises und eine entsprechende Erweiterung der in Frage kommenden Bahnhöfe, insbesondere des Bahnhofs Hohethor in Danzig in Aussicht genommen werden müssen. Nur die etwa 0,6 Kilom. lange Strecke zwischen dem Bahnhofe Hohethor und dem Güterbahnhofe am Olivaer Thor soll noch in dem bisherigen Zustande belassen werden, weil der Ausbau des zweiten Gleises auf dieser Strecke mit besonderen

Schwierigkeiten und erheblichen Kosten verknüpft sein würde.

Über die neuen großen Strom-Brücken bei Dirschau und Marienburg, deren Bauzeit nach dem mit der Reichsverwaltung geschlossenen Subventionierungs-Abkommen auf 4 Jahre berechnet ist, entnehmen wir der jetzt vorliegenden Denkschrift das Nachstehende:

Die baugeschichtlich berühmten, bei Dirschau über die Weichsel und bei Marienburg über die Nogat führenden Brücken wurden aus Anlaß des Baues der Ostbahn in den Jahren 1850 bis 1858 mit einem Kostenaufwande von rund 14 000 000 Mk. erbaut. Zur Sicherung der Bauwerke sowohl, als auch des Eisenbahndamms in den ausgedehnten Marienburger und Elbinger Niederungen wurden gleichzeitig umfangreiche Strom- und Deichregulierungen vorgenommen, deren Ausführung rund 12 000 000 Mk. Kosten erforderte. Die Verhältnisse der zu überbrückenden Strome machten es nothwendig, den Brückenöffnungen eine sehr große, damals ungewöhnliche Weite — von 121,5 m (388 Fuß) bei der Dirschauer und 97,9 m (312 Fuß) bei der Marienburger Brücke — zu geben. Gleichwohl dieserhalb als auch der Construction wegen, welche damals für so große Spannweiten noch nicht angewendet war, ist der nach dem System der Gitterträger in Eisen ausgeführte Überbau der Brücken ein besonderes, hervorragendes, für die Entwicklung des Brückenbaus hochbedeutendes Werk, das seiner Zeit in weitesten Kreisen verdientes Aufsehen erregte. Der Überbau hat, entsprechend der ersten Anlage der überzuführenden Eisenbahn, und um die großen Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, nicht noch weiter zu steigern, nur die Tragfähigkeit für die Überführung eines Eisenbahngelenkes erhalten. Daneben ist er auch für die Nutzung durch den Landfuhrwerksverkehr eingerichtet. Die Breite ist indeß nicht so groß bemessen, daß die Brücken für beide Verkehrsarten gleichzeitig benutzt werden können. Wenn auch der Umstand, daß die fraglichen Brücken dem Eisenbahnbetrieb nicht ausreichlich dienen und nur mit einem Geleise versehen sind, bei den früheren Verkehrsverhältnissen und insbesondere auch so lange die anschließenden Bahnstrecken nur mit einem Geleise ausgerüstet waren, für den Eisenbahnbetrieb keinerlei Schwierigkeiten bot, so ist es doch bei der im Laufe der Zeit eingetretenen bedeutenden Verkehrsverteilung auf der Hauptlinie nach Osten und insbesondere auf der Strecke Dirschau-Königsberg schon lange ein Uebelstand empfunden worden, daß bei den beiden wichtigen Knotenpunkten Dirschau und Marienburg die sonst zweigleisige Eisenbahn durch zwei eingleisige Strecken unterbrochen wird. Nicht minder hat sich im Laufe der Zeit der Mangel einer Trennung zwischen Eisenbahn- und Fahstrasse als ein großer Uebelstand herausgestellt. Da in Folge derselben die Brücken nur dann, wenn kein Eisenbahngang sich auf denselben befindet oder sich ihnen nähert, für den Landfuhrwerksverkehr benutzt werden können, so hat die Zeit, während welcher diese Benutzung zulässig ist, mit dem Anwachsen des Eisenbahnbetriebs immer mehr verkürzt werden müssen. Insbesondere wird diese Benutzung der Dirschauer Brücke, welche diejenige bei Marienburg an Längenausdehnung wesentlich übertrifft, bald kaum noch angängig sein. Dazu kommt, daß bei der Lage der Fahrzeuge zum Gleise beispielweise der Bruch der Achse eines über die Brücken fahrenden Landfuhrwerks genügt, um den Eisenbahnbetrieb eine Zeit lang vollständig zu sperren. Es erwünscht auch die Befestigung des bezeichneten Zustandes der Brücken an sich schon gewesen wäre, so könnte doch noch einige Zeit und jedenfalls so lange davon abgesehen werden, als im nothdürftigen Einklang mit den Verkehrsverhältnissen wenigstens der Eisenbahnbetrieb ordnungsmäßig durchzuführen sein würde. Daß dies indeß in weiterer Folge immer gelingen würde, kann nicht erwartet werden, da die vorhandenen Einrichtungen bereits bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen sind und zur Aufnahme eines bei natürlicher Entwicklung der Verhältnisse zu erwartenden Verkehrszuwachses nicht ausreichen. Nach dem Ergebnis ein gehender Ermittlungen würde den Verkehrsbedürfnissen entsprechende Abhilfe durch einen zweigleisigen Ausbau der beiden vorhandenen Eisenbahnbrücken mit verhältnismäßig nicht zu großen Mitteln zu schaffen sein. Eine derartige Anlage genügt jedoch nicht den gleichzeitig zu berücksichtigenden Interessen der Landessichertheitigung. Sollte die unvermeidliche Verbesserung des jetzigen Zustandes in überall ausreichender Weise geschaffen werden, so bleibt nach dem Urteil der Militärverwaltung nach Lage der örtlichen Verhältnisse nur die Herstellung selbständiger Eisenbahnbrücken neben den vorhandenen, dem Landverkehr vorzuhaltenden Brücken übrig. Es mußten daher dementsprechende Entwürfe aufgestellt und zur Ausführung in Aussicht genommen werden. Nachdem bei den mit dem Reich gepflogenen Verhandlungen grundfährlich Übereinstimmung darüber erzielt war, daß die bedeutenden Mehraufwendungen für derartige, im militärischen Interesse erweiterte Einwürfe dem preußischen Staate füglic nicht zugemutet werden könnten, ist in einem Abkommen mit dem Reich vom 1. November 1887 die Gewährung eines Aufschusses in Höhe von 60 Proc. der auf 15 000 000 Mark veranschlagten Gesamtbaufosten mit 9 000 000 Mark seitens des Reichs in Aussicht gestellt worden.

Über die Entwürfe ist im einzelnen Folgendes zu bemerken:

Die neu herzustellenden Brücken über die Weichsel bei Dirschau und über die Nogat bei Marienburg in unmittelbarem Anschluß an die vorhandenen zu errichten, widerstehen sich, weil durch die Gründungsarbeiten für die Verlängerung der Brückenpfeiler die Standfestigkeit der vorhandenen Bauwerke gefährdet werden könnte. Auch würde die dadurch nothwendig werdende Befestigung eines Theiles der Steinpackungen, welche zum Schutz der Pfeiler gegen den in den fraglichen Stromen besonders starken Angriff des Hochwassers und des Eises in sehr bedeutendem Umfang hergestellt werden müßten, mit sehr erheblichen Kosten und Schwierigkeiten verknüpft sein. Es wurde vielmehr nach eingehenden Ermittlungen als das zweitmögliche erkannt, die Ausführung der neuen Brücken bei Dirschau etwa 40 m. bei Marienburg etwa 70 m. unterhalb der bestehenden Brücken in Aussicht zu nehmen. Beide neuen Brücken sollen bezüglich der Zahl der Deffnungen, Pfeiler und Spannweiten die gleichen Anordnungen erhalten wie die vorhandenen, und auch in gleicher Weise wie bei diesen die Pfeiler aus Mauerwerk, die überbauten aus Eisen hergestellt werden. In der angegebenen Gesamtbaufosten-Gumme sind außer den Aufwendungen für die neuen Brückenbauten auch die Kosten berücksichtigt, welche durch die Verstärkung des zweiten Gleises auf der Strecke Dirschau-Marienburg und durch die anderweitige Einführung der Gleise in den Bahnhof Dirschau entstehen. Die Entfernung zwischen Bahnhof Marienburg und der Nogatbrücke ist groß genug, um die neuen Brückengleise schon vor dem Bahnhof in die bestehenden Anlagen einführen zu können; dagegen muß für den Bahnhof Dirschau, welcher unmittelbar an der Weichselbrücke beginnt, in Folge der seitlichen Verschiebung der Hauptfahrgleise um etwa 40 Meter eine Umgestaltung und Erweiterung der Anlagen in größerem Umfange in Aussicht genommen werden.

* [Gesellschaft „Weichsel“.] Der Aussichtsrath der „Weichsel“, Danziger Dampfschiffahrt- und Gebad-Aktion-Gesellschaft, beschloß, der im April einzuberufenden General-Versammlung vorzuschlagen, aus dem im Jahre 1887 erzielten Gewinnen von 40 314 Mk. (= circa 7 Prozent des Aktienkapitals) zu Abschreibungen von dem Wert der Dampfschiffe und Baulichkeiten zu verwenden und den Rest nach Dotierung des Reservefonds unter die Actionäre zu verteilen. Die Dividende

würde demnach für die Stammaktionen 6^{2/3} Proc., für die Prioritätsaktionen 5^{1/2} Proc. betragen.

* [Von der Weichsel.] Gestern sind die Eisbrechdampfer bis zur Schöneberger Fähre gelangt, also gestern um ca. 2000 laufende Meter vorwärts gekommen. Die außerordentlich starke Eisdecke, die hohe Schneelage auf derselben und die vielfachen unsichtbaren Sandbänke, auf welche man hier stieß, haben den Dampfern, die mehrmals auf leichtere ausließen, viele Hindernisse geboten. Ein Dampfer ist jetzt zur Freihaltung der Mündung und der aufgebrochenen Rinne abkommandiert. — Heutiger Wasserstand bei Plehnendorf 3,58 resp. 3,52 Meter.

* [Personen beim Militär.] Der bisherige Commandeur des 3. ostpreuß. Grenadier-Rgts. Nr. 4, Oberst v. Scholten, ist als Commandeur des ostpreuß. Grenadier-Rgts. Nr. 1 (Kronprinz) nach Königsberg versetzt und der Oberst v. Stückhardt, bisher Generalstabchef des 9. Armeecorps, zum Commandeur des 3. ostpreuß. Grenadier-Rgts. Nr. 4 ernannt. Der Fortifications-Bureau-Assistent Mollin zu Danzig ist nach Königsberg verlegt worden.

* [Waffen- und Dienstgeräte.] Der Kommandeur des Regiments Kronprinz in Königsberg Oberst v. Scholten ist zum Generalmajor und Commandeur der 17. Infanterie-Brigade in Glogau ernannt worden. Der Major Frhr. v. Förster vom Infanterie-Regiment Nr. 43 und der Oberstleutnant v. Blessing vom Infanterie-Regiment Nr. 20 sind zu Befehls-Commandeuren in Löben bzw. Rastenburg ernannt.

* [Worlsdorf-Verein.] Unserer kurzen Mitteilung in der heutigen Morgenzeitung über die gestern Abend stattgefundenen General-Versammlung dieses Vereins folgen wir noch aus dem Geschäftsbericht pro 1887 folgendes hinzu: Der gesamte Rassenfond im verflossenen Jahre betrug 5 Millionen Mark. Bankredite durften nur in Höhe von 35 700 Mark beansprucht werden. Der Reservefond betrug am Schlusse des Jahres 25 351 Mark, was ein Mehr von 3422 Mark gegen das Vorjahr bedeutet. Das Mitgliedsverhältnis ist von 202 321 Mark auf 212 567 Mark gestiegen. Der Werthschatz erreichte im Jahre 1887 eine Höhe von 1 113 129 Mk. (gegen 1 084 951 Mk. im Jahre 1886). Die laufenden Credite verminderten sich von 89 600 Mk. auf 63 150 Mk. Der Depositenbestand hat sich gegen das Vorjahr um 28 348 Mk. verringert und es werden seit einiger Zeit nur noch Einlagen mit drei- und sechsmonatlicher Ründigung angenommen. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1887 1589 (gegen 1585 im Vorjahr). Dem zu vertheilenden Nettovermögen von 13 619,47 Mark steht ein dividendenberechtigtes Kapital von 191 421^{1/2} Mk. gegenüber. Es konnten aus dem Überfluß noch 724 Mk. dem Special-Reservefonds zugeschüttet werden. Nachdem dem Vorstande seitens der General-Versammlung für die Rechnung die Deckung ertheilt war, wurde den Beamten der Asse eine Gesamtgratifikation von 1260 Mark gewährt, auch der Witwe des verstorbenen Rassenfonds Alp eine jährliche Unterstützung von 100 Mk. bewilligt, welche in monatlichen Raten zu zahlen ist. Die Dividende wurde, wie schon mitgetheilt ist, auf 6 Proc. festgesetzt. Demnächst folgten die Wahlen zum Aufsichtsrath. Es wurden die nach 3jährigem Turnus ausscheidenden 4 Aufsichtsratsmitglieder Arug, Leibig, Litzmann und Richert wiedergewählt, ferner die Herren Groh, Ahlhelm, Wiesenberg und Anger als stellvertretende Aufsichtsrats-Mitglieder wiedergewählt. Die Wahl der Rechnungs-Revisions-Commissionen pro 1888 fiel auf die Herren Dombrowski, Schlichter und Haak. Schließlich machte der Vorstand bekannt, daß der Verein am 1. März 1890 sein 25-jähriges Bestehen feiert und zu diesem Anlaß die Einberufung eines Verbandstags der ost- und westpreußischen Vorstufenvereine nach Danzig in Aussicht genommen sei.

* [Westpreußischer Fischerei-Verein.] Wie bereits von uns mitgetheilt worden ist, findet Dienstag, den 21. d. Mts. Nachm. 5 Uhr, im Landeshaus hierfür eine Vorstandssitzung statt, zu welcher sämtliche Mitglieder eingeladen sind. Der Vorstand des Vereins, Herr Regierungsrath Fink, weilt zur Zeit in Stettin und nimmt an dem dafelbst stattfindenden Berathungen der Section für Küsten- und Hochseefischerei über zu begründende Fischerei-Hilfskassen teil. Demnächst folgten die Wahlen zum Aufsichtsrath. Es wurden die nach 3jährigem Turnus ausscheidenden 4 Aufsichtsratsmitglieder Arug, Leibig, Litzmann und Richert wiedergewählt, ferner die Herren Groh, Ahlhelm, Wiesenberg und Anger als stellvertretende Aufsichtsrats-Mitglieder wiedergewählt. Die Wahl der Rechnungs-Revisions-Commissionen pro 1888 fiel auf die Herren Dombrowski, Schlichter und Haak. Schließlich machte der Vorstand bekannt, daß der Verein am 1. März 1890 sein 25-jähriges Bestehen feiert und zu diesem Anlaß die Einberufung eines Verbandstags der ost- und westpreußischen Vorstufenvereine nach Danzig in Aussicht genommen sei.

* [Westpreußischer Fischerei-Verein.] Wie bereits von uns mitgetheilt worden ist, findet Dienstag, den 21. d. Mts. Nachm. 5 Uhr, im Landeshaus hierfür eine Vorstandssitzung statt, zu welcher sämtliche Mitglieder eingeladen sind. Der Vorstand des Vereins, Herr Regierungsrath Fink, weilt zur Zeit in Stettin und nimmt an dem dafelbst stattfindenden Berathungen der Section für Küsten- und Hochseefischerei über zu begründende Fischerei-Hilfskassen teil.

* [Benefiz.] Frau Carola Riegg-Köppeler, die

früher um unsere Oper verbiente Primadonna, welche auch im Laufe der Saison manche vorzülliche Aufführung geboten hat, am kommenden Dienstag ihren Benefizabend, wozu sie sich die Partie der Gräfin in „Figaro Hochzeit“ gewährt hat. Die Wahl dieser Oper, welche wir im gegenwärtigen Winter bisher auf dem Repertoire vermifhten, darf als eine glückliche gejedt werden, zumal sie der sehr geschätzten Sängerin Gelegenheit bietet, die Vorjährige ihrer hüblichen Stimmmittel voll zu entfalten.

* [Der westpreußische Kesselverein], welcher zu

heute Nachmittag in dem Saale der „Concordia“ eine Generalversammlung anberaumt hatte, hat diese auf 8 Tage verschoben.

* [Städtisches Leihamt.] Bei der heutigen Monats-Revison ergab sich ein Pfänderbestand von 27 328 Gläck, beliehen mit 229 112 Mk. (gegen 27 141 Pfänder mit 227 807 Mk. Pfandsumme am 15. vorangegangenen Monats).

* [Gedächtnisstafeln.] An den Häusern Heil, Geistgasse 81 und 114 haben gestern die Arbeitern befuhs-Abbringung der aus Anlaß der Schönebauer-Gäcularseiter von der Stadt gefestigten Gedächtnistafeln begonnen.

M. Gölp, 17. Februar. Gegen die Beschlüsse der Generalversammlung des Disconto-Geschäfts „Zillmann“, welche die Liquidation der Gesellschaft beschloß, die Zahlung einer Summe bis zu höchstens 5000 Mk. durch den Controleur acceppte und zur Deckung der zur Rückzahlung der Depositen noch fehlenden Mittel die Einziehung von zunächst 2/3 der Geschäftsantheile von den stillen Theilnehmern befehlt, auch den Ankauf des Zillmann'schen Grundstückes zum freihändigen Verkauf im Interesse der Gesellschaft genehmigte, ist von der Minorität Protest erhoben worden. Die Antragsteller wollen die Beschlüsse jener Versammlung, da letztere nicht nach den Bestimmungen des Statuts einberufen war, für ungültig erklären lassen und andere Beschlüsse herbeiführen. Nach dem Statut, welches im § 3 lautet: „Die Leitung des Geschäfts führen der jedesmalige Geschäfts-Inhaber und der Controleur. Erster ist Eigentümer der Firma und beide für die Verpflichtungen derselben solidarisch verantwortlich“, dürfte es ungünstig sein, daß, da eine Unterschlagung von ca. 36 000 Mk. seitens des Geschäftsinhabers vorliegt, der Controleur der Gesellschaft gegenüber zum vollen Erfah der unterschlagenen Summe verpflichtet ist, daß also die stillen Theilnehmer erst dann nach Verminderung des (gleichfalls unterschlagenen) Reservefonds mit ihren Geschäftsantheilen nach § 11 des Statuts in Anspruch genommen werden dürfen, wenn das Vermögen des Controleurs zur Deckung der Verbindlichkeiten der Firma nicht ausreicht. Zur Beschlussfassung über den Protest findet Dienstag eine Generalversammlung statt.

* Der Amts-Richter Opitz

Berliner Fondsbörse vom 17. Februar.

Die heutige Börse eröffnete in weniger fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Tönen auf spekulativen Gebiet. Die von den freien Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen boten geschäftliche Anreitung, so daß sich Geschäft und Umfrage in sehr engen Grenzen bewegen. Der allgemeine Lustlosigkeit gegenüber machte sich im späteren Verlaufe des Verkehrs eine kleine Abschwächung der Haftung bemerkbar, ohne daß das Angebot bringende hervorgehoben wäre. Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische Aktien, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand durchschnittlich behaupten. Die Rassamterthe der übrigen Geschäftswege hatten bei stetiger fester Ge-

sammthaltung mögliche Umfrage für sich. Der Privat-Discount wurde mit 1 1/4 % Od. notiert. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditation zu wenig verändert. Noch mäßig lebhaft um; Franzosen waren abgeschwächt, andere österreichische Börsen behauptet. Gotthardbahn fest. Von den freien Fonds waren russische Anleihen niemals inländische Eisenbahn-Prioritäten fest und mäßig belebt. Banknotentheileweise abgeschwächt und selbst in den speculativen Hauptdeutzen ruhig. Industriepapiere behauptet und nur ganz vereinzelt lebhafter. Montanwerthe niemals fest mit 1 1/2. Inländische Eisenbahnen wenig verändert.

Deutsche Fonds.

	Russ. 3. Orient-Anteile	51.55	Lotterie-Anteile.
Deutsche Reichs-Anleihe	4 107.30	do. Stgl. 5. Anteile	51.55
do. do.	3 1/2 101.20	do. do. 6. Anteile	84.00
Konsolidirte Anleihe	4 107.10	Ruß. Poln. Schad.-Obl.	82.90
do. do.	3 1/2 101.60	Poln. Staats- und Pfandbr.	48.00
Staats-Goldschiede	3 1/2 100.40	Italienische Rente	97.90
Preuß. Prov.-Oblig.	4 103.90	Rumänische Anteile	94.00
Westpr. Prov.-Oblig.	4 104.00	do. fünfjährige Anl.	103.90
Landsh. Centr. Pfandbr.	4 102.10	do. amort.	100.50
Österr. Pfandbriefe	3 1/2 99.00	Türk. Anleihe von 1866	13.60
Dommerse Pfandbr.	3 1/2 99.30	do. Rente	81.90
do. do.	4 102.80	do. neue Rente	77.25
Polenische neue Pfdr.	4 102.80		78.50
do. do.	3 1/2 99.50		
Weitkreuz. Pfandbriefe	3 1/2 99.00	Hypotheken-Pfandbriefe.	
do. neu Pfandbr.	3 1/2 99.00	Dan. Hypoth.-Pfandbr.	—
Pomm. Rentenbriefe	4 104.50	Do. Gründs.-Pfandbr.	3 1/2 101.70
Polenische do.	4 104.40	Hamb. Hypoth.-Pfandbr.	4 102.50
Prußische do.	4 104.40	Meiningen Hyp.-Pfandbr.	4 102.00
Ausländische Fonds.		Nordb. Gründs.-Pfandbr.	4 101.50
Österr. Goldrente	5 87.30	Poln. Hypoth.-Pfandbr.	4 101.50
Österr. Papier-Rente	5 87.30	Pomm. Hyp.-Pfandbr.	4 101.50
do. do.	4 1/2 62.50	1. u. 4. Em.	5 109.50
Ungar. Eisenh.-Anteile	5 63.90	2. Em.	4 1/2 108.00
do. Papierrente	5 99.25	3. do.	100.40
do. Goldrente	5 66.70	4. do.	115.25
Ung. Ost. Pr. 1. Em.	5 77.80	Dr. Central-Bod.-Cred.	4 1/2 115.25
Auff.-Engl. Anteile 1870	5 75.80	Boden-Maastricht	4 1/2 49.40
do. do. do.	5 187.1	Berl.-Dresd.	4 1/2 17/8
do. do. do.	5 187.2	Mainz-Ludwigsbach	103.25
do. do. do.	5 187.3	Marienbad-Ulmawka-Em.	50.80
do. do. do.	5 187.5	Marlo.	107.20
do. do. do.	5 187.6	Nordhausen-Erfurt	—
do. do. do.	5 187.7	Opstpreuß. Elbdampf.	75.50
do. do. do.	5 187.8	Gotha-Bahn	109.90
do. do. do.	5 187.9	Gotha-Bahn	48.10
do. do. do.	5 188.0	Gotha-Bahn	106.75
do. do. do.	5 188.1	Gotha-Bahn	53.00
do. do. do.	5 188.2	Gotha-Bahn	88.00
do. Rente	5 188.3		
Uaff.-Engl. Anleihe 1884	5 188.4		
do. Rente	5 188.4		
Russ. 2. Orient-Anteile	5 51.75		

Heute Nacht 11 Uhr entschlief jant nach langerem Leiden meine innigst geliebte Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwester, Schöpferin und Tante
Frau Emilie Bertha Dannenberg
geb. Gräfinstein
im 67. Lebensjahr.
Diese traurige Nachricht allen Freunden und Bekannten stat jeder besonderen Meldung. (7659 Danzig, den 17. Februar 1888.)
Richard Dannenberg.

Concurs-Eröffnung.
Neben das Vermögen der Frau Guida Florentine Göttke, geb. Kuhne von hier, Marktausgabe Nr. 10, ist am 16. Februar 1888. Nachmittags 5 Uhr, der Concurs eröffnet.
Concursverwalter: Kaufmann Eduard Grimm von hier, Hundestraße 77.
Düssiener Arrest mit Anzeigefrist bis zum 26. März 1888.
Anmelbericht bis zum 23. April 1888.
Gesetz Gläubiger-Versammlung am 3. März 1888. Vormittags 11 1/2 Uhr. Zimmer Nr. 42.
Prüfungstermin am 4. Mai 1888. Vormittags 11 Uhr, daselbst. Danzig, den 16. Februar 1888.
Der Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts XI. (7704 Griesheim).

Große Auction Jäschmarkt 10.

Montag, d. 20. Februar und folgende Tage, jedesmal von 10 Uhr ab und Nachmittags von 2 Uhr ab: werde ich im Auftrage aus diversen Concurs-Lagern eine Partie Waren, ca. 30.000 Gegenstände, als Zappische, wollene Unterröcke, Tischdecken, Herren-Schlüsse in Anzügen, Herren-Umlege-Krägen in rein 4-fach Leinen in allen Nummern, 1000 angekleidete Puppen und Puppenköpfe, ca. 1500 Schachteln Spielzeug, große Pariser Puppen-Geigenstände, Pariser Schirme, Löffel- und Kommodeknäste, leidende Börse, Portemonnaies, Chiffon, Albums mit Cuivre poli, Tafelmesser, Ringe, Schürzen, Unterhosen, Leinen- und Woll-Kleider, Tafelbücher, große Pariser leidende Bänder und viele andere Gegenstände an den Meistbietenden in beliebigen Posten à tout prix versteigern. Adressen unter Nr. 7655 an die Expedition dieser Zeitung.

Heiraths-Gesuch.

Ein junger Mann, 25 J. alt, Inhaber e. rent. Geschäft mit eig. Grundstücks sucht die Bekanntschaft einer ehrenb. Dame in gl. Alter mit e. disp. Vermögen von mindestens 8000 M. bish. Perh. zu machen. Abt. unter 7654 in der Exped. d. Stg. erbeten. Discretion Ehren.

Eisen-Geschäft

will ich unter günstigen Bedingungen verkaufen. Geschäftsgeschäft kann mitgekauft oder auch gepachtet werden. (7640)

J. Loewenberg jr., Strasburg Westpr.

Ein starker, eiserner Zaun,

15 Mtr. lang, ca. 2 1/2 Mtr. hoch, mit Thorweg, wird zum 1. April d. J. gekauft.

Adressen unter Nr. 7655 an die Expedition dieser Zeitung.

Heiraths-Gesuch.

Eine evangel. mitteiler, mit soliden Anspr., mögl. musikal., wird zum 1. April d. J. gekauft.

Adressen Nr. 50 postlagernd Zahlbude. (7663)

Zum 1. April findet eine ev. anspruchlose Messe statt, die mit der Räuberlaufvertritt ist und kaufen kann, Stellung bei Frau Hodam, Brusdam b. Düsseldorf.

Gode zum ersten April einen tüchtigen zweiten (7590)

Wirthschaftsbeamten

bei 200 M. Gehalt exkl. Wäsche.

Herrmann,

Naherinn. bei Dr. Stargard.

Inspector

Wilh. Neubauer,

Görlitz per Praust. sucht andere Stellung und bittet um Offerten. (7506)

Porosin

(Gesetzlich geschützt)

ein neuer epochemachender Artikel für Bau-, Mater. u. Eisalervertriebe, sowie für die Eisen verarbeitenden Gewerbe bietet durch Einführung in den vorgenannten Branchen flüchtigen

Bertretern

hohen und dauernden Verdienst.

Bewerb. sub M. 24 zu richten an „Flosmos“ Annont.-Exped. — Berlin G.W. 12. (7620)

Die heutige Börse eröffnete in weniger fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Tönen auf spekulativen Gebiet. Die von den freien Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen boten geschäftliche Anreitung, so daß sich Geschäft und Umfrage in sehr engen Grenzen bewegen. Der allgemeine Lustlosigkeit gegenüber machte sich im späteren Verlaufe des Verkehrs eine kleine Abschwächung der Haftung bemerkbar, ohne daß das Angebot bringende hervorgehoben wäre. Der Kapitalmarkt erwies sich fest für heimische Aktien, und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand durchschnittlich behaupten. Die Rassamterthe der übrigen Geschäftswege hatten bei stetiger fester Ge-

biss gingen österreichische Creditation zu wenig verändert. Gotthardbahn fest. Von den freien Fonds waren russische Anleihen niemals inländische Eisenbahn-Prioritäten fest und mäßig belebt. Banknotentheileweise abgeschwächt und selbst in den speculativen Hauptdeutzen ruhig. Industriepapiere behauptet und nur ganz vereinzelt lebhafter. Montanwerthe niemals fest mit 1 1/2. Inländische Eisenbahnen wenig verändert.

Deutsche Fonds.

Russ. 3. Orient-Anteile

do. do.

Konsolidirte Anleihe

do. do.

Staats-Goldschede

do. do.

Preuß. Prov.-Oblig.

do. do.

Westpr. Prov.-Oblig.

do. do.

Landsh. Centr. Pfandbr.

do. do.

Österr. Pfandbriefe

do. do.

Dommerse Pfandbr.

do. do.

Polenische neue Pfdr.

do. do.

Weitkreuz. Pfandbriefe

do. do.

Pomm. Rentenbriefe

do. do.

Polenische do.

Prußische do.

Ausländische Fonds.

Österr. Goldrente

do. do.

Österr. Papier-Rente

do. do.

Ungar. Eisenh.-Anteile

do. do.

do. Goldrente

do. do.

Ung. Ost. Pr. 1. Em.

do. do.

Auff.-Engl. Anteile 1870

do. do.

Russ. 2. Orient-Anteile

do. do.

Beilage zu Nr. 16929 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 18. Februar 1888.

Reichstag.

(Schluß.)

Sächs. Bundesber. Generalstaatsanwalt Leib: 1886 haben die Ausweisungen aus Sachsen 72 und 1887 24 betragen. Die Mehrzahl ist ausgewiesen im Anschluß an richterliche Erkenntnisse, und zwar sind 7 wegen Aufruhrs mit Gefängnis und Juchthaus bis zu 2½ Jahren bestraft worden, 15 davon sind verurtheilt wegen Verbreitung verbreiter Druckschriften und geheimer Verbindungen und 7 wegen Majestätsbeleidigung, im übrigen noch einige wegen anarchistischer Umtreibe. Es sind in dieser Zeit in Leipzig verboten worden 72 Schriften, darunter 15 periodische; in derselben Zeit sind auswärts verboten worden 26 Schriften, welche in Leipzig erschienen waren. Wenn die Natur der Socialdemokratie eine derartige wäre, wie sie hr. Bebel schildert, so könnte man sich vielleicht dabei beruhigen. Aber wir haben damit zu rechnen, daß die Anhänger dieser Ideen sich zu Gewalt-handlungen fortsetzen lassen, und dies rechtzeitig zu vermeiden, das ist die Aufgabe des Socialistengesetzes. Was Sie bisher unseren Forderungen gegenüber bewilligt haben, ist zwar nicht viel; aber es ist doch etwas. Wenn unsere Wünsche nicht weiter Erfüllung finden, dann allerdings wird hr. Bamberger Recht behalten, der mir zurief: „Zurück, Du rettest den Freund nicht mehr.“ Allein, wenn die verbündeten Regierungen und die Mehrheit des Hauses demnächst dem Gesetz eine Gestalt geben, die den Intentionen beider entspricht, so bin ich nicht ohne Hoffnung, daß auch hr. Bamberger noch sagen wird: „Ich sei gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der dritte.“ (Heiterkeit).

Abg. Döchelhäuser (n-l.): Die günstigen Erfolge des Gesetzes, das nichts weiter sein sollte als ein Damm gegen die revolutionären Auswüchse der Socialdemokratie, machen sich besonders geltend in der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Freilich sind nicht alle Folgen der Agitation unter den Arbeitern beseitigt, aber immerhin ist der Erfolg ein so großer, daß man von einer weiteren Verschärfung des Gesetzes Abstand nehmen kann. Aber auch unter der Herrschaft des Gesetzes müssen wir darnach streben, die inneren Quellen der socialdemokratischen Bewegung zu verstopfen durch Gesetze zum Wohle der Arbeiter. Was Herr Bebel socialpolitische Maske nennt, das sind Maßregeln von der größten Tragweite, wie wir sie in keinem anderen Staate finden. Aber auch über diese Gesetze hinaus bleibt ein großer Spielraum für unsere Bemühungen zum Wohle der Arbeiter, und gerade die deutsche Industrie hat sich hier glänzend bewährt. Durch die Humanität der Arbeitgeber ist das Loos der Arbeiter so außerordentlich verbessert worden, wie in keinem anderen Lande. Es wird Aufgabe bleiben, das, was einzelne hervorragende Männer auf diesem Gebiete gewirkt haben, auf die Allgemeinheit auszudehnen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kurz (cons.): Eine Verschärfung des Socialisten-gesetzes halten wir für um so nothwendiger, als die socialdemokratische Agitation sich in eine starke Organisa-tion verwandelt hat. Der Zusammenhang zwischen Socialdemokratie und Anarchismus kann nicht mehr bestritten werden. Herr Bebel meinte, die Attentäter

seien lauter hirnverbrannte Leute gewesen. Wer hat ihnen aber das Hirn verbrannt? Doch niemand anders als die Socialdemokraten mit ihren Lehren und Schriften. Für solche Kapitänen ist keine Strafe hart genug. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger (frei): Der Minister v. Puttkamer hat neulich gesagt, daß er aus meiner Rede versteckte Insinuationen hätte geglaubt herausnehmen zu können. Dieser Herr, der so empfindlich ist für das, was er nach seiner Auffassung als versteckte Insinuation ansieht, beginnt seine Auseinandersetzung heute gegen mich mit einer ganz nackten Insinuation der grössten Art, indem er von einem Druckfehler, der neulich hier gespielt hat, sagt, es sei ein restender Druckfehler als deus ex machina mir zur Hilfe gekommen. In jener Sitzung ist nicht bloß vollständig klar gestellt worden, daß ich absolut unschuldig war an dem, was geändert ist... (Lebh. Widerspruch rechts.) Ich bitte diejenigen, die protestieren, sich zu nennen. (Abg. v. Hammerstein: ich!) Gut, dann wird mir hr. v. Hammerstein den Beweis liefern, weshalb ich schuldig war, daß ich in irgend etwas mithälig oder leitend eingegriffen habe, um die Variante zu ermöglichen. (Aufe rechts: unterlassen!) Jetzt wird die Auslegung gefunden, um die Anklage zu retten, als wäre ich verpflichtet gewesen, das zu corrigiren. (Aufe rechts: natürlich!) Ja wissen Sie, wenn ich das corrigirt hätte, was Sie gehan hätten: Sie hätten behauptet, „vernichtet“ wäre schlimmer als „verachtend“. (Lachen rechts.) Gott im Himmel, was ist denn das für ein Unterschied. Ich behaupte, „vernichtet“ ist schlimmer als „verachtend“. Das ist ja ein Gireit wie „bewahrt das Feuer und das Licht“ oder „verwahrt das Feuer und das Licht“. (Gehr gut! links.) Wenn ein Staatsanwalt in einer Adresse ungestraft sagt, die Majorität des deutschen Reichstags habe ein verruchtes, schmachvolles Verhalten an den Tag gelegt, dann sage ich, diese Volksvertretung steht nicht auf dem Standpunkt der Achtung, wie andere Parlamente. In England hätte man einen solchen Staatsanwalt vor die Barre des Parlaments citirt, beim Wickel genommen und ins Gefängnis geschickt. Meine Bemerkung bezog sich nur auf die Stellung unserer Parlamentarier gegenüber der der Mitglieder anderer Parlamente; und in diesem Sinne halte ich sie aufrecht. Und nun wollen die Herren behaupten, ich hätte mir eine fahrlässige Fälschung zu Schulden kommen lassen, indem ich an dem gedruckten Stenogramm nichts geändert habe. Diese Insinuation wärmt der Minister wieder auf, obgleich sie durch die Thatsachen einfach widerlegt wird. In meiner langen parlamentarischen Tätigkeit ist mir nie so viel Böses gesagt worden, als von hrn. v. Puttkamer zu einer Rede, in der ich von ihm persönlich auch nicht ein unglimpfliches Wort gesagt habe. Ich soll die sociale Gesetzgebung persifliert haben. Ich habe diese Gesetzgebung ganz objectiv dargestellt. (Redner verliest die betreffende Stelle seiner Rede. Unruhe rechts.) Sie werden schweigen, wenn ich, provocirt, mich vertheidige, wie Sie schweigen, wenn der Minister spricht. (Abg. v. Kardorff: Ich denke nicht daran!) hr. v. Puttkamer vergleicht mich weiter mit einem Mann, der dialectische Trampolinsprünge macht, dann lächelnd von der Tribüne abtritt und sich dem

Beifall des Publikums empfiehlt. (Zustimmung rechts.) Ich entsinne mich, daß vor ungefähr einem Jahre, als Herr v. Puttkamer sprach, einem Mitglied des Hauses auf dieser Seite ganz unwillkürlich ein Wort entsprang, das noch etwas weniger schimpflich als das von hrn. v. Puttkamer gegen mich gebrauchte ist, aber wesentlich auf dasselbe hinauskommt. Dieses Wort gab zu einem Ordnungsruß Anlaß. Aber seine viel schlimmeren Äußerungen hat hr. v. Puttkamer thun können und die Rechte hat dazu „Gehr richtig!“ gerufen. Es hat sich die Praxis ausgebildet, daß die Minister gegen die Parlamentsmitglieder mehr Lizenzen haben als diese gegen die Minister. Das ist die Auffassung, die sich der Gesamtheit bemächtigt hat mit Einfühlung der Leitung der Geschäfte. Mit diesem zweiten Streich noch nicht zufrieden, nannte Herr v. Puttkamer meine Ausführungen „seichte Phrasen“. Früher erfolgte wegen des Ausdrucks „hohle Phrasen“ der Ordnungsruß; aber auch diese Bemerkung des hrn. v. Puttkamer ging ungerngt durch. Wessen Gedanken tiefer sind, die des hrn. v. Puttkamer oder die meinigen, das können wir beide nicht entscheiden; aber ich hätte das Wort nicht gebraucht, weil ich den Ordnungsruß gefürchtet hätte. Der Minister hat mir sobald vorgeworfen, daß ich persönliche Anspielungen mache und Spiken in meinen Reden verstecke. Das ist nicht geschehen. Dagegen hat der Minister selbst in seiner Erwiederung eine Verdächtigung meines privaten Charakters ausgesprochen, wie ich es mir einem Minister oder Mitgliede des Hauses gegenüber nie erlauben würde. Der Minister meinte, ich würde von dem Vorschlagen und Feilschen mehr verstehen als er selbst. Wer mich kennt, weiß, wie unberechtigt ein solcher Vorwurf ist. Wenn ich weltliche Interessen verfolge, würde ich etwas anderes treiben können, als das brodlose Metier eines Oppositionsmitgliedes des deutschen Reichstags. Ich war gezwungen, als ich in das Ausland kam, mir eine Stellung zu suchen, mich selbständig zu machen; ich war gezwungen gegen meinen Geschmack, in die Geschäftswelt einzutreten; aber ich wäre nicht 15 Jahre darin geblieben, wenn ich es mit gewissen Gentlemen zu thun gehabt hätte, wie hr. v. Puttkamer meint. Correcturen mache ich wirklich nur in seltenen Fällen. Ich könnte Ihnen aber Beispiele von Correcturen anführen, die vom Bundesrathstische aus gemacht sind. Die Herren Voeltziger und Schraut haben seiner Zeit Jiffern, die sie über Ausfuhr und Einfuhr aufgestellt hatten und nachher als falsch erkannten, im Stenogramm geändert. Ich halte das auch für keine Sünde, und ebenso wenig, wenn ein Satz, der etwas zugespielt ist, eine geringe Abschwächung erfährt. Das also ist die ganze Sünde, die mir zur Last fällt, und worauf hr. v. Puttkamer seine Berechtigung dazu basirt, mich mit solchen erniedrigenden Angriffen zu überschütten. hr. v. Puttkamer erklärte, es würde ihn freuen, wenn er bedauern könnte, mir Unrecht gehan zu haben. Ich hoffe, er wird jetzt zugeben, daß er mir Unrecht gehan hat. (Widerspruch rechts.)

Präsident v. Wedell erklärt, daß er seitens der Geschäftsleitung gegenüber den Mitgliedern des Hauses anders zu verfahren habe als gegenüber den Mitgliedern des Bundesraths, auch seine Collegen stets verpflichtet halten werde, die Mitglieder des Reichstags gegen Beleidigungen durch Mitglieder des Bundesraths eben so gut in Schuß zu nehmen, wie umgekehrt. Mein College, der bei jener Rede präsidirt hat, hat nicht geglaubt, daß damals eine Beleidigung vorgelegen habe, und dieser Auffassung kann ich mich auch nur anschließen.

Abg. Gehlert (Reichsp.): Der arme Herr Vorredner! Er ist der Mann, der niemandem das Wasser trübt, und dem doch das Wasser von jedermann getrübt wird. Aus meinen letzten beiden Reden hat er genau das Gegenteil gemacht, als was darin stand. Abg. Bamberger begreift nicht den Unterschied zwischen der Entwicklung der Menschheit und denjenigen der Thier- und Pflanzenwelt. Die Liebe, von der er mit Schiller spricht, ist nur für die 5procentigen, die sich in den Geldsack theilen, für die übrigen ist der Hunger. Die Hohenzollern sind alle Socialisten gewesen, unser Kaiser hat es auch durch seine Botschaft bekundet. (Gehr richtig! rechts.) Unter Socialismus muß man aber verstehen die innere Kraft des Naturstaates selbst. Was das Gesetz selbst anbetrifft, so ist es begründet im Naturrecht. Das bürgerliche Recht ist der Gegensatz zum Naturrecht. Wer den Staat nicht mehr anerkennen will, der kehrt in sein Naturrecht über zur Gewalt zurück. Das thun die Socialdemokraten. Demgegenüber bleibt dem Staat auch nichts anderes übrig, als wiederum Naturrecht oder Gewalt. Deswegen darf der Regierung auch nicht das mindeste, was sie dazu bedarf, verweigert werden. Das Gesetz ist nicht ein Product des Hasses, sondern eine Consequenz der Stellungnahme der Socialdemokraten. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (soc.): Die kaiserliche Botschaft ist freilich Socialismus, aber nur aus der Furcht vor der Socialdemokratie entspringt die Socialreform der Regierungen. Die Hindernisse einer genügenden Reform liegen in der Rücksicht auf die herrschenden Klassen, deren Vorrechte man nicht antasten will. Daß mit diesem Gesetz Gewalt ohne Recht gegen uns angewendet wird, darin hat der Vorredner Recht, und darin auch, daß wir uns darüber garnicht rountern dürfen. Sie aber dürfen sich dann auch nicht wundern, wenn gegen Sie einmal Gewalt angewendet werden wird. Das wird aber nicht geschehen, der Zusammenbruch wird von selbst erfolgen. Die nächste Revolution guillotiniert nicht, sie expropriert. (Unruhe.) Ehrenberg, betonte der Minister, ist mit preußischen Behörden nicht in Verbindung gestanden, wie aber steht es mit den elsäf-lothringischen? Schröder, sagte er, hat nie im Auftrage der preußischen Regierung die „Freiheit“ drucken lassen. Wir haben das Gegenteil nachgewiesen. Zugegeben hat der Minister ja auch schon, daß Schröder angefragt worden ist, ob er nicht die „Freiheit“ drucken lassen wolle. Fest steht ferner, daß er noch kurz vor seiner Verhaftung 200 Exemplare dieses Blattes verbreitet hat. Polizeihauptmann Fischer hat uns nicht Einsicht in die Untersuchungsacten gestattet, das Material ist uns zum größten Theil von den Freunden gebracht worden. Der Polizeihauptmann Fischer hat nichts weiter gehan, als uns auf die Frage, ob dies Material mit der Untersuchung übereinstimmt, zu antworten. Und das gereicht ihm zur Ehre. Es ist der Nachweis geführt worden, daß die Regierung Engagements von agents provocateurs abgeschlossen hat, um das Gesetz hier durchzubringen. Das System, dem der Minister seine Hilfe leistet, erzeugt mit Nothwendigkeit agents

provocateurs. Die Leute werden gezwungen, da die von ihnen gemeldeten Thatsachen nicht genügen, zu erfinden. Die Verschärfungsbestimmungen zu vertheidigen hat nach der Sachlage hr. v. Puttkamer nicht mehr den Muth gehabt. In einem constitutionellen Staate würde damit auch sein eigenes Schicksal besiegt sein. Unsere Partei wird sich nicht davon abbringen lassen, zu thun, was sie nach Lage der Gesetzesgebung zu thun berechtigt ist. Die Hoffnung, uns zu einem Putsch aufzureißen, wird scheitern an dem gesunden Sinn der Arbeiter. Das Gesetz wird verlängert, aber moralisch bleiben wir Sieger. Die debattelose Abweisung der Verschärfung beweist die correcte Haltung unserer Partei. Der Sieg ist der hr. v. Puttkamer. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Discussion geschlossen. Persönlich bemerkte

Abg. v. Hammerstein (conf.): Der Abg. Bamberger hat mich provocirt, Beweise dafür zu erbringen, daß er aktiv oder passiv eine entscheidende Stelle seiner Rede corrigit hat. Abg. Bamberger hat das Wort „verachtend“ gebraucht, der Gegner hat „vernichtend“ gesetzt; dem Abg. Bamberger hat dieser Satz zur Correctur vorgelegen, und er hat diese Variante nicht richtig gestellt. Der Abg. Bamberger konnte nicht im Zweifel sein, daß das Haus das Wort „verachtend“ verstand und in seiner vollen Bedeutung gewürdig hat. Es ist also ein Versehen ausgeschlossen, als er den Satz unverändert passiren ließ. Abg. Bamberger hat mit aller Absichtlichkeit dazu beigetragen, daß seine Rede in einem entscheidenden, in dieser Eigenschaft auch vom Hause anerkannten Punkte nicht so wiedergegeben worden ist, wie er es gesprochen hat. Weshalb hat er das nicht gethan?

Präsident: Es ist keine persönliche Bemerkung mehr, wenn Sie auf die Gründe des Abg. Bamberger eingehen.

Abg. v. Hammerstein: Der Abg. Bamberger hat heute selber zugestanden, daß er das Wort „vernichtend“ nicht in „verachtend“ wiederhergestellt habe, weil dann seine Gegner das Wort „vernichtend“ als schlimmer darstellen würden als „verachtend“. Er hat also selbst bewiesen, daß er weder für das richtige noch für das unrichtige von ihm gesprochene Wort einzutreten bereit ist.

Abg. Bamberger: Die Frage, ob „verachtend“ oder „vernichtend“ das Schlimmere sei, und was von beiden ich vertreten könnte und sollte, kommt auf eine so hohe Bedeutung, daß ich mich beinahe an die Stelle des dritten Directors gesetzt fühle. Hr. v. Hammerstein hat seine Unterbrechung von vorhin dahin gerechtfertigt, die Anklage des Abg. Götscher sei begründet gewesen. Hr. Götscher selbst war so loyal, sie schließlich zurückzunehmen, aber hr. v. Hammerstein nimmt sie wieder auf. Den Vorwurf des Abg. Götscher, ich hätte etwas an dem Stenogramm geändert, habe ich tatsächlich widerlegt. Hr. v. Hammerstein sagt nun, der Vorwurf liege darin, daß ich eben nichts verändert hätte. Also ob ich verändern oder nicht, jedenfalls muß ich verbannt werden. (Heiterkeit) Es war mir ganz interessant, daß, als ich die Frage stellte, wer denn die Insinuation gegen mich aufnahm, die Antwort kam, Herr v. Hammerstein. Wenn ich mir jemanden dazu hätte herausuchen sollen, so wäre er es gewesen.

In der Specialdebatte nimmt niemand das Wort.

In dem Augenblick, wo der Präsident zur Abstimmung über das ganze Gesetz auffordert, beantragt Abg. Singer namentliche Abstimmung. Der Präsident erklärt diesen Antrag, als innerhalb der Abstimmung gestellt, nach der Geschäftsordnung nicht mehr für zulässig.

Das Gesetz wird darauf im ganzen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des größten Theils des Centrums angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 17. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 165 bis 172. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 120 bis 126, russischer loco ruhig, 90–100. Hafer still. Gerste still. Rübstörl ruhig, loco 47. — Spiritus matt, per Februar-März 21^{1/2} Br., per März-April 21^{1/2} Br., per April-Mai 21^{3/4} Br., per Mai-Juni 22 Br. Kaffee flau. Petroleum ruhig, Standard white loco 7,25 Br., 7,20 Gd., per August-Dezember 7,30 Br. — Wetter: Schneefall.

Hamburg, 17. Februar. Zuckermarkt. Rübenzucker 1. Produkt, Basis 880 Rendem., frei an Bord Hamburg per März 14,25, per April 14,35, per November 12,70, per Dezember 12,70. Fett.

Hamburg, 17. Februar. Kaffee good average Santos per März 62^{1/4}, per Mai 62, per Septbr. 58, per Dezember 56^{1/2}. Flau.

Havre, 17. Februar. Kaffee good average Santos per Febr. 76,50, per Mai 76,50, per Aug. 73,50, per Dezember 70,50. Schwach.

Bremen, 17. Februar. Petroleum. (Schluß-Bericht.)

Ruhig. Standard white loco 7,00 Br. Paris 3 Mt. 46,65, 1/2-Imperials 9,35, russ. Bräms-

Frankfurt a. M., 17. Februar. Effecten - Societät. (Schluß.) Creditaction 214^{1/2}, Gotthard-Bahn 112,60, Disconito - Commandit 187,50. Geringes Geschäft.

Wien, 17. Februar. (Schluß-Courte.) Dörferr. Papierrente 77,85, do. 5% do. 92,90, do. Gilberrente 79,30, 4%

Golbrente 108,60, do. ungar. Golb. 96,55, 5% Papierrente 83,05, 1854er Loope 130,50, 1860er Loope 133,75, 1864er Loope 166,50, Creditloose 176,25, ungar. Prämiendoose 119,50, Creditaction 268,90, Franzosen 215,70, Lombarden 79,00, Galizier 191,75, Lemb. Czern. 208,50, Paribus 146,50, Nordwestbahn 152,50, Elbethalb 157,00, Aronprinz-Rubelbahn 178,50, Böhm. West. — Norrbahn 242,00, Unionbank 189,00, Anglo-Aust. 100,50, Wiener Bankverein 82,00, ungar. Creditaction 271,25, deutsche Blätter 62,20, Londoner Wechsel 126,85, Pariser Wechsel 50,22, Amsterdamer Wechsel 105,25, Napoleons 10,04, Dukaten 5,98, Marknoten 62,17^{1/2}, russ. Banknoten 1,07^{1/4}, Gilbercoupons 100,00, Länderbank 204,50, Tramvan 209,00, Tabakaction 70,90. Buschtheraderbahnh.

Amsterdam, 17. Februar. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per März 190, per Mai — Roggen loco unverändert, auf Termine unveränd., per März 102, per Mai 101–102, per Oktober 105. Rübstörl loco 26^{1/2}, per Mai 25^{1/2}, per Herbst 25.

Antwerpen, 17. Febr. (Schlußbericht.) Weizen fest.

Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste still.

Antwerpen, 17. Februar. (Schlußbericht.) Petroleum-

markt. Raffineries, Type weiß, loco 19^{1/4} bei, 19^{3/4} Br.,

per März 18^{1/4} bei, 18^{1/4} Br., per April-Juni 17^{3/4} Br.,

per Sept.-Okt. 17^{3/4} bei, u. Br. Ruhig.

Paris, 17. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.)

Weizen ruhig, per Februar 23,90, per März 23,90,

per März-Juni 24,10, per Mai-August 24,40. Roggen

ruhig, per Febr. 13,75, per Mai-August 14,25. Wechsel

ruhig, per Februar 52,25, per März 52,30, per

März-Juni 52,60, per Mai-August 52,80. Rübstörl matt,

per Febr. 52,75, per März 52,50, per März-Juni 52,50,

per Mai-August 52,50. Spiritus frage, per Februar

46,50, per März 46,50, per März-April 46,50, per Mai-

August 46,75. — Wetter: Schneee.

Paris, 17. Februar. (Schlußcourse.) 3% amortisierbare

Rente 85,35, 3% Rente 81,87^{1/2}, 4^{1/2}% Anleihe 106,75,

italien. 5% Rente 93,65, österreichische Golbrente 87^{1/2},

4% ungar. Golbrente 77^{1/2}, 4% Russen de 1880 77,85,

Franzosen 431,25, Comb. Eisenbahnen 175, Lombard.

Prioritäten 282,00, Convert. Türken 14,07^{1/2},

Türkenloose 35,25, Credit mobilier 303, 5% Spanier

67^{1/2}, Banque ottomane 501,25, Credit foncier 137,1,

4% unif. Argenter 379,37, Guer-Aktion 2117, Banque

de Paris 745,00, Banque d'escampe 453,00, Wechsel

auf London 25,25, Wechsel auf deutsche Blätter (3 Mt.)

123^{1/2}, 5% privil. türk. Obligationen —, Panama-

Action 262, Rio Tinto 520,00.

London, 17. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 38,970,

Gerste 15,720, Hafer 40,160 Qrt. Weizen und Mehl

ruhig, übrige Artikel eher williger.

London, 17. Febr. Consols 102^{1/2}, 4% preuß. Consols

105^{1/2}, 5% italien. Rente 92^{1/2}, Lombarden 67^{1/2}, 5% Russen

von 1871 92, 5% Russen von 1872 91^{1/2}, 5% Russen von

1873 91^{1/2}, Convert. Türken 13^{1/2}, 4% fundire Amerikaner

129^{1/2}, Dörferr. Gilberrente 63, Dörferr. Golbrente 86,

4% ungar. Golbrente 76^{1/2}, 4% Spanier 67, 5% privil.

Argenter 101^{1/4}, 4% unif. Argenter 75, 3% gar. Argenter

103^{1/4}, Ottoman-Bank 9^{1/2}, Guer-Aktion 83^{1/4}, Canada

Pacific 60^{1/2}, Convertirte Mexikaner 34^{1/2}, Gilber —. Blatz-Discont 13^{1/2} %.

London, 17. Febr. An der Küste angeboten 2 Weizenladungen. — Wetter: Frost.

Glasgow, 17. Februar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 39 sh. 4 d.

Liverpool, 16. Februar. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umfang 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export

1000 Ballen. Fest. Midd. amerikan. Lieferung: per

Febr. 5^{35/4} Räuferpreis, per Febr.-März 5^{35/4} do., per

März-April 5^{37/4} do. Verkäuferpreis, per April-Mai 5^{39/4} do., per Mai-Juni 5^{51/8} Räuferpreis, per Juli-August 5^{51/16} do., per August-Sept. 5^{51/16} do., per Sept. 5^{51/16} do.

Liverpool, 17. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Mais 1/2 d. niedriger. Mehl ruhig. — Wetter: Schnee.

Petersburg, 17. Februar. Productenmarkt. Tafel loco

52,00, per August 49,00. Weizen loco 13,00. Roggen

per Juni-Juli 5,50. Hafer loco 3,80. Hanf loco 45,00.

Leinölloc 13,50. — Wetter: Frost.

Liverpool, 17. Febr. Getreidemarkt. Weizen und Mais 1/2 d. niedriger. Mehl ruhig. — Wetter: Schnee.

Petersburg, 17. Februar. Productenmarkt. Tafel loco

52,00–31,7 M. per Mai-Juni 32,5–32,3 M. per Juni-Juli 33,3–33,0 M. per Juli-August 34,0–33,8 M. per August-Sept. 34,6–34,4 M.

Magdeburg, 17. Februar. Zuckerbericht. Rornzucker, excl.

92% 23,80, Rornzucker excl. 88% Rendem. 22,60, Nach-

produkte excl. 75% Rendem. 18,90. Ruhig. Gem.

Raffinade mit Faz. — Gem. Melis 1. mit Faz 27,50.

Gebr. ruhig. Rohzucker 1. Produkt Transit. f. a. B. Ham-

burg per Febr. 14,25 Gb. 14,45 Br., per März 14,35

Br. 14,37^{1/2} Br., per Juni-Juli 14,90 bei. 14,85 Gb.

Fest. Wochenumlauf im Rohzuckergeschäft 91 000 Etr.

Kartoffelstärke per Febr. 10,60 M — Ersben loco

Futtermaare 111–119 M. Kochmaare 125–195 M —

Weizenmehl Nr. 0 21,00–19,00 M. Nr. 00 23,00–

21,50 M — Roggenmehl Nr. 0 18,50–17,50 M. Nr. 0

und 1 16,50 bis 15,00 M. M. Marken 18,50 M. per

Febr. 16,35–16,40 M. per Febr.-März 16,35–16,40 M. per

April-Mai 16,55–16,60 M — Rüböl loco ohne Faz

44,6 M. per April-Mai 44,5 M. per Mai-Juni

44,8 M. per Juni-Juli 45,1 M. per Febr.-Oktbr.

45,7 M — Petroleum loco 25,1 M — Spiritus loco ohne

Faz 98,4–98,3 M. per April-Mai 98,8–98,7 M. per

May-Juni 99,5–99,3 M. unversteuert (50 M) loco 49,2–

49,0 M. per April-Mai 50,4–50,2 M. per Mai-Juni

51,0–50,8 M. per Juni-Juli 51,8–51,5 M. per Juli-August 52,4–52,1 M. per August-Sept. 53,0–52,8 M.

unversteuert (70 M) loco 30,8–30,7 M. per April-Mai

32,0–31,7 M. per Mai-Juni 32,5–32,3 M. per Juni-Juli 33,3–33,0 M. per Juli-August 34,0–33,8 M. per August-Sept. 34,6–34,4 M.

Magdeburg, 17. Februar. Zuckerbericht. Rornzucker, excl.

92% 23,80, Rornzucker excl. 88% Rendem. 22,60, Nach-

produkte excl. 75% Rendem. 18,90. Ruhig. Gem.

Raffinade mit Faz. — Gem. Melis 1. mit Faz 27,50.

Gebr. ruhig. Rohzucker 1. Produkt Transit. f. a. B. Ham-

burg per Febr. 14,25 Gb. 14,45 Br., per März 14,35

Br. 14,37^{1/2} Br., per Juni-Juli 14,90 bei. 14,85 Gb.

Fest. Wochenumlauf im Rohzuckergeschäft 91 000 Etr.

Zucker.

Magdeburg, 17. Februar. (Wochenbericht der Magde-

burger Börse.) Rohzucker. Bei fortduernder matter

Tendenz des Marktes gestaltete sich der Verlauf des

dieswochentlichen Geschäfts sehr ruhig; das Angebot blieb

mäßig, denn nur eine kleinere Zahl von Produzenten

trat mit Offeren von Rornzucker an den Markt, aber

auch auch diese fanden angesichts der geringen Kauf-

neigung nur zu successive 75 Br. der Centner billigerem

Preise Nehmer. Von diesem Preisrückgangen wurden die

guten Raffineriequalitäten weniger hart betroffen als die

geringen Sorten, doch ist ausdrücklich zu erwähnen, daß

verschiedene Offeren gänzlich aus dem Markte zurückgezogen wurden, weil Inhaber sich nicht in die gebotenen

niedrigeren Preise flügen wollten. Nachprodukte wurden

ebenfalls successive ca. 60 Pf. billiger gehandelt. Unter

dem Druck der stetig slauernden Auslandsmeldungen zeigten

die Exporteure im Verlaufe dieser Woche wenig Unter-

nehmungslust. Der Umsatz dieser Woche beträgt ca.

91 000 Etr.

Raffinerier Zucker. Das Geschäft in raffinirtem

Zucker bewegte sich auch während dieser Berichtswoche

bei sehr ruhiger Tendenz unseres Marktes nur in ganz

engen Grenzen und stellten sich die Preise der begebten

gemahlenen Zucker wiederum ca. 75 Br. zu Gunsten der

Raffinerie. Umsätze in Brodroffinaten wurden nicht bekannt.

Ab Stationen: Rornzucker, excl. 92% Rendem. 23,60 bis